

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 480 39. Volkshochschule: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsort: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 480 39.

erschient täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Abennl. 42 Pf. + 8 Pf. Votenlohn = 50 Pf., monatl. 1,65 M. + 50 Pf. Votenlohn = 2,15 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 M., unter Streifenband 3 M. Anzeigenpreis: Die schmalste Zeile 10 Pf. oberer Raum 12 Pf., Bereichs- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreifachste Zeile 10 Pf. oberer Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Neue Unternehmerangriffe auf die Hungerlöhne und Gehälter

Langenbielauer Bauarbeiter wählen Kampfausschuß, dem drei SPD.-Arbeiter, drei Kommunisten und zwei Parteiloze angehören

Bergarbeiter, Landarbeiter, Textilproleten, Ungeheilte usw., greift zur Gegenoffensive und organisiert revolutionäre Kampfaktionen in den Betrieben und Büros — Vereint euch unter Führung der KPD. und KGD. und schlagt euren gemeinsamen Feind, den Kapitalismus!

Langenbielau, 2. Mai. Auch im Baugewerbe ist man am Werk, die Löhne der Bauarbeiter noch mehr zu kürzen. Es sind bereits Verhandlungen im Gange, wo die Löhne der Maurer bis auf 55 Pfennig, die der Arbeiter auf 45 Pfennig herabgesetzt werden sollen.

Als sich dies unter den Arbeitern bei den hiesigen Schlossarbeiten verbreitete, ging ein ungeheurer Entrüstungssturm durch die Reihen der Arbeiter. Alle Gegenstände waren verschwunden. Ob SPD.-Arbeiter oder KPD.-Arbeiter oder parteilos, alle waren der Meinung: Bis hierher und nicht weiter! Eine Bauarbeiterversammlung wurde sofort einberufen, wo ein Kampfausschuß gewählt wurde. Dieser setzt sich zusammen aus drei SPD.-Arbeitern, drei Kommunisten und zwei Parteilozen.

Die Kampfstimmung unter der Belegschaft ist glänzend. Es gibt nur eine Meinung: Sofortige Arbeitsniederlegung, falls es die Unternehmer wahr machen sollten, einen neuen Lohnabbau durchzuführen.

Dieses Beispiel muß für die übrigen Baustellen ein Signal sein, sofort in allen Zahlstellen, auf allen Baustellen Stellung zu nehmen und dem Beispiel der Bauarbeiter auf dem Schlosshofe zu folgen.

Waldburg, 2. Mai. Die Baufirma Büchel hat vorige Woche einen Lohnabbau von 16—30 Prozent angekündigt und ist bereit, diesen unbedingt durchzuführen. Die Arbeiter, die die vorgelegten Notverordnungen nicht unterschreiben, in denen sie sich mit dem Lohnabbau einverstanden erklären sollen, werden entlassen.

Unter den beschäftigten Bauarbeitern der verschiedenen Baustellen herrscht eine ungeheure Empörung über das brutale Vorgehen der Firma Büchel. Die Arbeiter der anderen Baustellen haben begriffen, daß der Lohnraub auf diese Firma nicht beschränkt bleiben dürfte. Die Gewerkschaftshaus des Baugewerksbundes, der tagtäglich an dieser Baustelle vorbeikommt, meldet in den letzten Tagen diesen Vorgang und zwar deshalb, um den Arbeitern nicht Red. und Antwort geben zu müssen. Die KPD. hat sich sofort in einem Flugblatt an die Bauarbeiter aller Baustellen gewandt und ihnen aufgegeben, daß es allein in der Hand haben, jeden Pfennig Lohnraub zurück zu machen. Jede Forderung der Baugewerksbund wird vielleicht doch mit dem Kampf gegen den Lohnraub organisieren, und die damit verbundene Untätigkeit der Kollegen zur Organisierung des sofortigen Kampfes, hilft nur den Unternehmern, und deshalb ist es notwendig, daß die kämpfende Einheitsfront auch mit den erwerbslosen Bauarbeitern Gm. mit den Erwerbslosen überhandt berathet wird, damit jeder Streikführer der Unternehmern ins Wasser fällt.

Schaften dieser Kampf nicht geführt werden kann. Diese Leute sabotieren einen ernsthaften Kampf. Auch die Ungeheilten müssen sich der KPD., Industriegruppe Ungeheilte, anschließen.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat vorige Woche auf der Reichstagung des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereinigungen in Erfurt eine alarmierende Rede gehalten, aus der in großen Umrissen schon der Inhalt der kommenden 5. Notverordnung zu ersehen ist. Das Haupt- und Glanzstück von Stegerwalds Rede und damit auch der kommenden Notverordnung ist die Forderung, beim sogenannten Innengewerbe die Löhne zu senken. Es handelt sich hierbei um die öffentlichen und Versorgungsbetriebe, um die Lehrbetriebe, das Baugewerbe, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Landwirtschaft, Teile des Bergbaues, der Metallindustrie und der chemischen Industrie. Millionen Arbeiter fallen also unter diesen neuen Lohnabbau.

Wir haben bereits gestern mitteilen können, daß auch die Baugewerksbauern einen Lohnabbau bis zu 10 Prozent den Arbeitern aufzudrücken haben. Auch hier wollen die Unternehmer alle Verordnungen aufs Straßenschilder werfen, die nicht die vorgelegten Notverordnungen unterschreiben.

Breslau, 2. Mai. Am 29. und 30. April wurde einem großen Teil beim Magistrat beschäftigter Zeitangestellter das Arbeitsverhältnis gekündigt. Diese Kündigungen sollen auf angebliche Bestimmungen der Regierung zurückzuführen sein, um den Versorgungsanwärtern (ehemaligen Reichswehrangehörigen) Platz zu machen.

Unter den Gefährdeten befinden sich ausschließlich Kollegen, die teils der SPD. angehören, und solche, die nicht rechtskräftig eingekleidet sind, während die, die der NSDAP. oder sonstigen nationalen Verbänden und Verbänden angehören, von den Kündigungen verschont bleiben.

Auch die Angestellten müssen mit ihren Kollegen Betriebsarbeitern gemeinsam den Kampf gegen Entlassungen und Gehaltsabbau führen. Sie müssen sich aber auch darüber gleich von vornherein klar werden, daß mit den Führern der verschiedensten Gewerkschaften dieser Kampf nicht geführt werden kann. Diese Leute sabotieren einen ernsthaften Kampf. Auch die Ungeheilten müssen sich der KPD., Industriegruppe Ungeheilte, anschließen.

Der Zechenverband der Kohlenbarone an der Ruhr hat am Sonnabend, dem 30. April, die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Mai gekündigt. Auch hier versucht man die Bergarbeiter durch die Meldungen in der bürgerlichen Presse irrezuführen, indem man davon schreibt, daß nicht eine generelle Lohnherabsetzung geplant sei, sondern eine Auflockerung des bestehenden Lohnsystems. Die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. Mai hat auch den Neuausschlag des Manteltarifs zur selben Zeit zur Folge. Auch der Manteltarif soll zugunsten der Unternehmer abgeändert werden.

Die niederschlesischen und oberschlesischen Grundbesitzer werden anschließend die Lohnsätze kündigen. Deshalb dürfen die (Fortsetzung 2. Seite)

SPD.-Ortsgruppenvorsitzender kommt zur KPD.

Goldbach, bei Meinerz. In einer öffentlichen Versammlung der KPD. erklärte nach dem Meierat des Genossen Becker der SPD.-Genosse Koch in e, Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe der SPD., seinen Uebertritt zur KPD. und gelobte, Schulter an Schulter mit den Genossen in der einzigen revolutionären Partei zu kämpfen für den Sieg des Sozialismus. Gleichzeitig sprach er auch im Namen des früheren SPD.-Vorsitzenden, der zwar noch Mitglied der SPD. ist, dessen völliges Einverständnis mit der Politik der KPD. aus. Auch er wisse, daß es nur eine Partei gibt, die den revolutionären Ausweg aus Not und Elend organisiert, und das ist die KPD., zu der er volles Vertrauen habe.

Wir begrüßen den Schritt dieses SPD.-Funktionärs und hoffen,

daß in den nächsten Wochen und Monate breite Teile der SPD.-Arbeiter zu uns fließen werden. Der Genosse Kochs dokumentierte mit seinem Uebertritt zur KPD., daß die Führer der SPD. nicht den revolutionären Klassenkampf, nicht die kämpfende rote Einheitsfront organisieren, sondern Helfershelfer der Wels u. Co. sind. Die Auflassung des früheren SPD.-Vorsitzenden über die KPD. zeigt, wie weit die Rebellionsstimmung der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre gegen die Tolerierungspolitik der Führer gewachsen ist. Dieser Genosse muß weitergehen, und auch den organisatorischen Bruch mit der Wels-Partei vollziehen. Sein Uebertritt zur KPD. wird bestimmt andere SPD.-Genossen veranlassen, gleichfalls die Front des Sozialfaschismus zu verlassen und zur KPD. zu kommen.

Bantauer Nazimörder nur wegen fahrlässiger Tötung angeklagt!

Oppeln, 2. Mai. Vor dem hiesigen Schwurgericht haben heute die nationalsozialistischen Mordbanditen des Arbeiters August Bassy aus Bantau, Str. Kreuzburg 22. Die 15 Gestalten, an deren Spitze der Gutsinpektor Baumert, der Typ eines echten Denkers und Totschlägers, und der vielköpfige, vorbestrafte Tiener Smurek stehen, zeigen so recht den Tiefstand der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei. Smurek ist der Diener der Gräfin Welsch-Hue auf Schloss Bantau und gleichzeitig Leiter der Bantauer „Gewelch“. Smurek ist u. a. mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenverlust verurteilt und somit ein würdiger Diener der Gräfin. Die bis jetzt vernommenen Angeklagten zeigten, daß sie ihre Aussagen gut auswendig gelernt haben und scheinbar auch genügend Gelehrigkeit hatten, ihre Aussagen auf eine Linie zu bringen. In den Pausen unterhalten sich Angeklagte und Sachverständige in der freundschaftlichsten Form. Trotzdem in der gesamten Bevölkerung Oberschlesiens und darüber hinaus der Terror der SA-Banditen aus Kreuzburg und Umgegend bekannt ist, behaupten sie alle mit eiserner Stirn, daß sie in „Notwehr“ gehandelt haben. Aus „Notwehr“ tamen zwei Personanten vollgepfropft mit SA-Keulen zur Unterstützung der 17 Bantauer Nationalsozialisten gegen zwei Bantauer Kommunisten! Denn in dem ganzen Prozeß kam zur Sprache, daß zur Zeit der Mordtat nur zwei Kommunisten in Bantau gesehen wurden.

Der Eröffnungsbeschluss des Gerichts kommt den Angeklagten sehr weit entgegen, da trotzdem der vorbereitete Mord jetzt schon fest-

steht, die Anklage nur auf Landesfriedensbruch und öffentliche Zusammenrottung lautet. Nur gegen einige Angeklagte, darunter Baumert und Smurek, lautet die Anklage auch noch auf verübte fahrlässige Tötung. Baumert, der Führer der nationalsozialistischen Ortsgruppe und Inspektor des Bantauer Gutes, schildert in dem Termin ausführlich seine Nationalisierungs- und Ausbeutungsmethoden auf dem Gute an der Bantauer Arbeiterkassette und das Einwirken der gesamten Gutsarbeiterkassette in die Nazi-Partei. Durch Gründung der SA-Ordnung die berechnete Erregung über die Ausbeutung hintenan gehalten werden. Smurek, der Leiter der SA, hat den Mord an Bassy in Szene gesetzt. Als Gutsinpektor nahm sich Baumert das Recht heraus, im Verein mit den anderen Mordbanditen die Wohnungen der Gutsarbeiter, u. a. auch die Wohnung Bassy's, zu betreten und dort die Volkseigenmacht nach dem Muster Braunschweigs auszuüben. Bassy war kein Mitglied der kommunistischen Partei! Schon heute steht fest, daß es den nationalsozialistischen Mordbanditen gleichgültig war, wer ihren Revolver-Lugeln zum Opfer fiel. Die Hauptsache, daß es ein Arbeiter war. Es stehen 24 Zeugen und 4 Sachverständige zur Vernehmung zur Verfügung. Das Gericht zeigt durchaus nicht die Strenge, wie sonst üblich bei einem Prozeß, wenn es gegen Arbeiter geht. Lächelnd stehen die Arbeitermörder vor ihren bürgerlichen Richtern. Der Prozeß geht weiter! Doch heut schon ist zu ersehen, daß dieser planmäßige Mord an August Bassy nicht die entsprechende Sühne finden wird.

Die Belegschaften aller Güter dürfen auf diese irreführende Forderung nicht hereinfallen, sondern müssen, wenn sie einen weiteren Lohnraub verhindern wollen, an die sofortige Organisierung des Kampfes herangehen. Die Gewerkschaftsbürokraten haben aus rein agitativen Gründen die Wiederherstellung des vor Erlaß der 5. Notverordnung bestehenden Lohnniveaus verlangt, das heißt eine Erhöhung der Reallohnrate um 15 Prozent. Wir machen heute den die Landarbeiterschaft darauf aufmerksam, daß die Gewerkschaftsbürokraten aller Richtungen keineswegs gewillt sind, die Kräfte des einheitlichen Kampfes um ihre Forderungen bei den Gutsbesitzern zu stellen. Die Landarbeiterschaft hat genügend am eigenen Leibe den Folgen des Verrats der Bürokratie zu spüren bekommen. Diese Kräfte haben sich nicht losgerissen von ihrer arbeitfeindlichen Politik. Deren sie haben im Gegenteil immer wieder alles getan, damit die Notverordnungspolitik der Brüning-Stegerwald- und Braun-Schlegel-Regierungen möglichst ohne großen Widerstand durchgeführt werden konnte.

Die Landarbeiter haben auf ihren Gutsversammlungen die richtige Welt von vorbereitenden Kampfausschüssen vorzunehmen. Der Kampf zur Verhinderung des Lohnraubes muß verbunden werden mit dem Kampf um ihre berechtigten Forderungen. Die Landarbeiter müssen die Anweisungen und Kampfpläne des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter zur Tat werden lassen, weil es nur so möglich ist, die Angriffe der Unternehmer abzuwehren.

Reichenbach, 2. Mai. Der Manteltarif ist auch für das Reichenbach-Langenbielauer Gebiet in der Textilindustrie zum 30. Juni 1932, dem frühestmöglichen Zeitpunkt, gekündigt worden.

Der Vorstand des kaufmännischen Vereins Reichenbach hat den Manteltarif wie das Gehaltsabkommen für die Angestellten zu Ende April 1932 gekündigt. Am 26. April fanden Verhandlungen statt. Die Forderungen der Arbeitgeber gehen zum Teil dahin, daß im Durchschnitt die Gehälter der Angestellten, die nach Gruppe I bezahlt werden, um 20 Prozent reduziert werden sollen. Eine Einigung ist

niederfließenden und oberfließenden Bergarbeiter nicht warten, bis die Unternehmern ihre Lohnraubforderungen bekannt geben, sondern müssen sofort ihre Kampfparabereitungen zur Verhinderung jedes neuen Lohnraubes treffen. Die niederfließenden Kameraden müssen diesen Kampf verbinden gegen die eingeleiteten Massenentlassungen.

Kollegen Betriebsarbeiter, was ist nun zu tun?

Der von der Partei der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren in den Schatten gestellten revolutionären Kampf gegen den Lohnraub und die Entlassungen hat am 1. Mai unter Führung der SPD. und der KPD. in Breslau ein neues Stadium erreicht. In den Kampfparaden beteiligten sich nicht nur die Arbeiter der SPD. und der KPD., sondern auch die Mitglieder der Gewerkschaften, die sich der revolutionären Kampfparaden anschließen. Die Arbeiter der SPD. und der KPD. haben in diesen Kampfparaden die Initiative ergriffen, die die Arbeiter der Gewerkschaften zu folgen haben.

Die Arbeiter der SPD. und der KPD. haben in diesen Kampfparaden die Initiative ergriffen, die die Arbeiter der Gewerkschaften zu folgen haben. Die Arbeiter der SPD. und der KPD. haben in diesen Kampfparaden die Initiative ergriffen, die die Arbeiter der Gewerkschaften zu folgen haben.

Wir Kommunisten sagen euch:

- Die Aufkündigung der Führer der Sozialdemokratie und des KPD. über Kampfmaßnahmen gegen den neuen Lohn- und Unterhaltungsabbau über mit dem Wahlmännern.
- Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftler wenden uns an euch Sozialdemokratischen Arbeiter und Mitglieder der KPD., um euch zu überzeugen, dass die Kampfmaßnahmen gegen den Lohn- und Unterhaltungsabbau in die eigenen Hände nehmen.
- Alle Kampfparaden, Demonstrationen und Kundgebungen, alle öffentlichen Versammlungen und Zusammenkünfte der Arbeiter, werden wir euch mit uns verbinden, um den revolutionären Kampf der Arbeiter zu unterstützen und zu organisieren.
- Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.

Wahlerfolg unserer französischen Bruderpartei bei den Bergtumpels

Paris, 2. Mai (Esp. Tribünebericht). Bei den Wahlen in Frankreich am 1. Mai wurden von 415 Wahlkreisen nur in 244 die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei gewählt. In 170 Wahlkreisen wurden die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei nicht gewählt. Die Wahlergebnisse zeigen den Erfolg der Sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen in Frankreich. Die Sozialdemokratische Partei hat in Frankreich einen großen Erfolg erzielt. Die Sozialdemokratische Partei hat in Frankreich einen großen Erfolg erzielt.

„Die Gewerkschaft und der Krieg“

Das neue Buch „Die Gewerkschaft und der Krieg“ ist im Verlag „Kampf und Freiheit“ erschienen. Die Gewerkschaft und der Krieg ist ein wichtiges Buch für die Arbeiter. Die Gewerkschaft und der Krieg ist ein wichtiges Buch für die Arbeiter.

Das Verbrechen der SWP.-Führer enthüllt

Polizeiattaken gegen die SWP.-Arbeiter — Die Ziegler und Co. haben dieser Polizei die Mittel bewilligt — Die Proleten bekommen dafür die „härteren Waffen“ zu spüren! — SWP.-Genossen, schließt mit uns und allen anderen kampfbereiten Klassengenossen das Kampfbündnis gegen Hunger, Krieg und Faschismus!

Breslau, den 2. Mai.
Der 1. Mai in Breslau hat die Arbeiter der SWP. und der KPD. in Breslau zu einer Demonstration geführt. Die Demonstration wurde von den Führern der SWP. und der KPD. geleitet. Die Demonstration wurde von den Führern der SWP. und der KPD. geleitet.

Es war ein Kampftag, der von einem einzigen, einheitlichen Willen über den Menschen aus der Arbeiterbewegung wurde. Die zweite Demonstration war die größte Demonstration der Arbeiterbewegung in Breslau. Die Demonstration wurde von den Führern der SWP. und der KPD. geleitet.

„Das grundsätzliche Verbot nicht befolgen dürfen, sich am 1. Mai am Kampf der Gewerkschaften zu beteiligen.“ Die Forderung um einen ehrenwerten Redner für die SWP. wurde abgelehnt. Die revolutionären Arbeiter der SWP. entschieden auf Grund ihres Kampfbündnisses mit den kommunistischen Genossen der SPD., KPD. und KPD. die Demonstration zu unterstützen.

Was Sozialdemokratische Arbeiter
wird unsere Broschüre **„Her zu uns“**
PREIS 10 PF.

„Solange wir nicht die Sowjetunion!“ Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbünde haben die Entfernung dieser Transparente abgelehnt. Das war ein wichtiger Schritt für die Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbünde haben die Entfernung dieser Transparente abgelehnt.

Die Wajzen und an der Spitze der bekannte Provokateur Bogel haben gegen die revolutionären Arbeiter der SWP. die Polizei gehetzt. Er trat ganz offen an die Mitglieder der Gewerkschaften heran und forderte von ihnen im Interesse der kapitalistischen Republik die Entfernung der oben bezeichneten Transparente. Diese Polizeioffiziere haben auch das Singen des roten Liedes den SWP.-Proleten verboten.

Am 1. Mai hat die SWP. einen großen Erfolg erzielt. Die SWP. hat einen großen Erfolg erzielt. Die SWP. hat einen großen Erfolg erzielt.

Kampfauftritt der revolutionären Arbeiterschaft

An alle Breslauer Arbeiter

Der Kampf gegen den Lohnraub ist auf der Weltbewegung der SPD., KPD., KPD. und aller übrigen revolutionären Massenorganisationen angenommen worden. Wir revolutionären Breslauer Arbeiter, die am 1. Mai 1932 unter den roten Fahnen des Kampftages, unter den Fahnen der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition aufmarschiert sind, erklären angeichts des drohenden imperialistischen Interventionskrieges gegen die Sowjetunion: Wir werden den geplanten Verrat der imperialistischen Mäurer auf das sozialistische Vaterland aller Werktätigen nicht dulden, sondern unter Anwendung aller Mittel den Kampf gegen die eigene, kriegslüsterne Bourgeoisie führen zur Verhinderung des Krieges, zur Unterbindung der Herstellung von Kriegsmaterial, zur Verhinderung der Kriegstransporte. Heute am 1. Mai, dem Weltkampftag des internationalen Proletariats, erklären wir aus neuer, daß wir geloben, alle Kräfte einzusetzen für die Verteidigung der Sowjetunion, dem Hort der Weltrevolution. Wir appellieren an die gesamte klassenbewusste Arbeiterschaft: Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen, Jungarbeiter, organisiert den

Streik in allen Betrieben gegen den neuen, ungeheuerlichen Lohnraub der mit aktivster Unterstützung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie zur Durchführung gelangen soll! Schafft den roten Massenstreik in allen Betrieben, an allen Stempelstellen, in allen Arbeitervierteln gegen den faschistischen Mordterror! Verhindert das angekündigte Verbot aller proletarischen, antifaschistischen Organisationen! Bildet die kämpfende rote Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten! Arbeitslose, Frauen und Männer, verhindert den geplanten Unterhaltungsabbau durch Massenaktionen an allen Stempelstellen in allen Orten!

Zum Streit gegen Lohnraub — für Lohnhöhung!
Zum Kampftag gegen Unterhaltungsabbau — für Arbeit und Brot!
Nieder mit den Kriegsheern und ihren bezahlten Lakaien!
Krieg dem imperialistischen Kriege!
Alles für die Verteidigung der Sowjetunion!
Es lebe der Kampf um ein freies sozialistisches Deutschland!
Es lebe die Weltrevolution!

Wir haben euch vor dem 1. Mai auf den Verrat eurer Führer, in dem sie euch aufrufen, mit den Wajzen des KPD. zu demonstrieren, nicht nur aufmerksam gemacht, sondern haben euch aufgefordert, nicht dieser Parole zu folgen, sondern mit uns zu demonstrieren. Wir haben gleich zu Beginn unseres Artikels auf den Charakter beider Demonstrationen hingewiesen. In unserem Zuge wurden Transparente nur mit revolutionären Kampfeslosungen getragen; in unserem Zuge wurden nur revolutionäre Lieder gesungen; in unserem Zuge herrschte Kampfesgeist und der Glaube an den Sieg des Proletariats über seine Ausbeuter!

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei und die KPD. haben in ihrem Aufruf an alle Arbeiter, der vorige Woche auch in anderer Zeitung erschienen ist, den Weg zur Bildung der roten Einheitsfront aufgezeigt. Die Kommunisten haben erneut unsere Bereitschaft kundgetan mit allen Arbeitern, die gewillt sind, gegen den Lohnraub und Faschismus zu kämpfen, das Kampfbündnis zu schließen.

Genossen

Auch nach der Wahl darf es keine Versammlung und keine Demonstration — keine Ausmarsch auf das Land — ohne organisierten Literaturverkauf geben!

Hunger, Elend und Erwerbslosigkeit wächst weiter

Das ist das Ergebnis des 11. Schlesischen Provinziallandtages — 10 Millionen Abstriche, trotzdem 1,5 Millionen Defizit — SPD. trägt die Mitverantwortung für das wachsende Elend

Breslau. Am Sonnabend früh um 9.30 Uhr begann der letzte Sitzungstag des Provinziallandtages. Nachdem der Staatsbericht-erhalter Dr. Meier eine langweilige Rede gehalten und Troeger (SPD), 1. Bürgermeister von Neusalz, den Bericht ver-pfändigt hatte, sprach als erster Götter, der deutsch-nationale Landrat a. D. aus dem Kreise Gohrau. Nach dessen Meinung sind die Reichs-, die sich die notwendigen Mittel kaufen konnten, ver-schwunden. Er sprach von denen, die sich ihren Reichtum und Wohl-stand „ehelich erarbeitet“ (?) hatten und forderte die Rentabilität der Landwirtschaft (so wie sie eben jetzt ein „von“ versteht). Er meint damit verschärfte Sozialpolitik, damit die Schweinepreise steigen; er jammerte über die Abwanderung der Deutschstämmigen nach dem Ausland, die im Zusammenhang steht mit dem Verbot der M. Dann brummte er sich etwas von „sozialer Gerechtigkeit“ in den Wirt und forderte die Anwendung anderer Methoden zum Auf-kauf. Hierbei mag er an die Arbeitsdienstpflicht und dergleichen gedacht haben. Es fehlte nur, daß er seine Rede mit „Heul Hitler“ schloß.

Anschließend sprach Charbonnier. Während die ersten Redner den Etat abgelehnt hatten, kamen nun jetzt die Befürworter dieses Defizit- und Hungeretats. Zu denen gehörte zunächst Götter vom Zentrum und der unverwundliche Lehmann (SPD). Dieser appellierte an die Unterstützung durch die Rechte und besonders an die Nazis, denen er u. a. zurief: „Wir wären froh, wenn Sie recht bald an die Regierung kämen, sollten Sie es besser machen können,

dann wird auch das Zentrum mit „Hell“ rufen.“

Lehmann schob die ganze Schuld auf den verlorenen Krieg, sprach von „Gleichberechtigung im Staate“ und appellierte im Gegenlatz zu seinem schwarzen Koalitionsfreund an die Linke, mehr als bisher am Staate mitzuarbeiten. Das galt scheinbar seinem Freund Fritz Pietisch. Auch er forderte die Anwendung anderer Methoden und dachte vielleicht dabei an die Beseitigung der sozialen Einrichtungen. Großes Gelächter entstand, als er den Nazis zurief, sie sollten sich doch auch vom Zentrum Belehrungen geben lassen, so wie es die SPD. getan hat, die nun jetzt genug Erfahrungen hätte.

Unter großem Gebrüll und Gelächter trat Franke von der NSDAP auf und lehnte den Etat ab. Wenn sich jemand lächerlich in dieser Sitzung gemacht hat, dann war es die Nazifraktion. Pastor Mohr machte in Schlagern, deshalb sang er den Sozia vor: „Für die Dauer, lieber Schatz, ist mein Herz kein Ankerplatz.“

Und dann kam die „große politische Rede“ des Abg. Pietisch (SPD.). Man glaubte sich in einer sozialdemokratischen Wahlver-sammlung zu befinden. Am Schluß derselben machte er einige „revolutionäre“ Weisen, ohne zu verstehen, von der „kommunistischen Revolutionspolitik“ zu reden. Wahrscheinlich, ein treuer Sozial-demokrat.

Genosse Malzer hält Abrechnung mit allen Volksfeinden

Als nächster Redner sprach der Genosse Malzer. Er zeigte auf die wirtschaftliche Krise, die zur Folge hat, die steigende Erwerbslosigkeit, den wachsenden Hunger und das Elend von Millionen Werktätiger. Die Verengung des Warenmarktes und die noch weiter zusammenstürzende Produktion führt bereits zum Zusammenbruch großer kapitalistischer Konzerne. Durch weitere brutale Lohnsenkungen, Kürzungen der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunter-süzungen, Renten usw. verdrängt die kapitalistische Gesellschaft, ihre Reichen noch zu erhalten. Das, was Brüning mittels Notverord-nungen im Reiche tut, das machen auch die Braun und Seering in Preußen. Während für Kirchen, Polizei, Militär usw. ungeheure Summen ausgeworfen werden, hat es für Arbeitsmöglichkeiten und für die Opfer der Krise kein Geld.

Die kommunistische Fraktion hat in den Ausschüssen die ver-treuten Anträge zur Arbeitsbeschaffung und dergleichen gestellt, die jedoch von rechts bis links abgelehnt wurden. Mit dieser Stellungnahme hat die SPD. erneut den Beweis erbracht, daß sie keinerlei Interesse an der Verbesserung der Lebenslage der Ar-beiter hat.

Nachdem sich Genosse Malzer eingehend mit der verräterischen SPD-Politik beschäftigt und zur Nazipolitik Stellung genommen hatte, lehnte er namens der SPD-Fraktion diesen Hungeretat ab. Er verurteilte Charbonnier, der zurzeit den Vorsitz führte, ihn am Vorhergehen zu hindern. Genosse Malzer ließ sich jedoch dadurch nicht beirren und sprach weiter. Er zeigte auch die scheinbare Politik der SPD-Führer und gab am Schluß seiner Ausführungen

die politische Erklärung

Die Regierung Brüning-Stegerwald versucht durch ihre faschistische Notverordnungs-politik den zusammenbrechenden Kapitalismus mit den Mitteln brutaler Gewalt unter rücksichtslosster Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung zu retten. Durch Notverordnungen wurden Löhne, Gehälter, Unterstüzungen, Renten usw. erheblich gekürzt. Diese Maßnahmen hatten zur Folge eine ungeheure Senkung der Kaufkraft der gesamten werktätigen Bevölkerung, neue Produktionsbeschränkungen und eine Vermehrung des Erwerbslosen-heeres.

Die Regierung Brüning kündigt durch den Minister Stegerwald neue Notverordnungen an. Ein neuer Lohnraub soll im Auftrage der kapitalistischen Bankrottcurie durchgeführt, das Tarifwesen beseitigt werden. Einführung der Arbeitsdienstpflicht und Beseitigung der Erwerbslosenversicherung soll nach faschistischem Muster Wirklichkeit werden. Während einerseits die Regierung Brüning gegen die Wert-

tätigen diese ungeheuerliche Ausplünderung im Auftrage der Bour-geoisie mit Unterstützung der NSDAP, der SPD. und der SAP. durchführt, vergeudet sie andererseits Milliarden öffentlicher Mittel, die aus volksfeindlichen Steuern stammen, zur Subventionierung der Großindustriellen, Großagrarien und der großen Geldinstitute. Die preußische Staatsregierung unter Führung der SPD. treibt dieselbe Politik. Die Ausführungsbestimmungen der preußischen Regierung verlangen auch dort, wo durch die Notverordnungen ein Zwang zur Durchführung der volksfeindlichen Steuermaßnahmen nicht gegeben war, die sofortige Einführung der Bürger-, Bier-, Getränkesteuer usw. Wo sich Gemeinden weigerten, diese Bestimmungen durch-zuführen, wurden Staatskommissare eingesetzt und der letzte Schein des Selbstverwaltungsrechts beseitigt.

Das Reich und besonders der Staat Preußen verwenden Hunderte von Millionen für den Ausbau des Gewaltapparates (Reichswehr, Polizei, Justiz). Die Subventionierung der Groß-industrie, der Großagrarien, der Banken und Kirchen und die immer-mehr steigenden Ausgaben für den Gewalt- und Unterdrückungs-apparat verschlingen einen immer größeren Teil des stetig sinkenden Steuereinkommens. Die Ueberweisungen an die Gemeinden, Kreise und Provinzen betragen die Hälfte des Vorjahres. Andererseits wird das Heer der Unterstüzungsbedürftigen immer größer. Die Ge-meinden, Kreise und Provinzen stehen vor dem Bankrott. Die Strafen verfallen, Fußbauten werden eingestellt, die Pflegslinge der Anstalten werden auf Hungerration gesetzt. Die Fürsorge für Kranke, Krüppel und Kinder ist vollständig in Frage gestellt.

Besonders in der Provinz Schlesien wirken sich diese Dinge in geradezu katastrophaler Weise aus. Der Etat der Provinz Nieder-schlesien für das Jahr 1932 steht trotz des gesteigerten Elends unge-heure Streichungen vor. Sämtliche Anträge der kommunistischen Fraktion, die den Zweck verfolgten, das Elend zu lindern, Arbeit zu beschaffen und in der fürchterlichen Not unsinnige arbeiterfeindliche Ausgaben zu streichen, wurden von der SPD. bis zu den Nazis abgelehnt.

Damit haben diese Parteien nicht nur die Reichs- und Staats-politik gebilligt, sondern auch zum Ausdruck gebracht, daß sie dieselbe Politik auch in der Provinz durchzuführen werden. Die kommunistische Fraktion erhebt folgende Forderungen als Mindestmaßnahmen:

- 1. Durchführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, 2. Abbau aller Gehälter über 5000 Mark, Beschlagsnahme aller Vermögen über 50 000 Mark,

Ein unerhörtes Klassenurteil gegen Ohlauer Arbeiter

107 Monate Gefängnis beantragte der Staatsanwalt in Brieg

Ohlau. Zu den preussischen Landtagswahlen beerderten die Nazis oberflächliche Werdhanden der aufgelösten SA nach dem Kreise Ohlau, um hier vorbereitete Ueberfälle auf die Arbeiter durchzuführen.

Nachdem die Werdgefallen in Runzen, Kreis Ohlau, bei den dortigen Wählern untergebracht und von vielen kampfgeartet waren, unternahmen sie am Donnerstag vor der Wahl ihre erste Zirkel.

In Wörben, Kreis Ohlau, setzten sie den Reichsbannermann Paul Scholz nieder und warfen ihn zerstoßen, mit drei tiefen Dolchstichen im Kopf, in eine gefüllte Jauchegrube. Die SPD. Ohlau hielt am gleichen Tage in Zottwitz eine überfüllte Wählerver-sammlung ab und eilte den bedrohten Arbeitern zu Hilfe. Es gelang, den Reichsbannermann vor dem Tode des Ertrinkens in der Jauchegrube zu retten. Die vollgetroffenen Werdgefallen hatten, wie so üblich, schnell das Weite gesucht.

Am nächsten Tage hatten die Horden den Ort Steindorf, Kreis Ohlau, zum Schauplatz ihrer Werdabsichten ausgewählt. Die „sichere Front“ hielt dort eine „Mundgebung“ ab. Wie es bei diesen „Eisernen“ so üblich ist, machten sie bei solchen Versammlungen, um die „Masse“ anzulocken, erst einmal Theater. Die SA. Ohlau war daher zahlreich in Steindorf vertreten. Auch der Gesangverein mußte seine Stimme ertönen lassen. Plötzlich trachten die Fensterheiden und der Saal wurde dunkel. Die Panik war unbeschreiblich, da die Ver-sammelten zum großen Teil aus Jugendlichen und Frauen bestand.

Die angegriffenen Werdgefallen vom „Dritten Reich“ hatten die Lichtleitung zerstört und das Telefon durchschneiden. Bemerkenswert an diesem Vorfall war, daß die Steindorfer (Steine in der Größe des Ohlauer Ringpflasters!) von den Tächern der umliegenden Dörfer kamen, die ebenfalls Nazis sind. Die Steine mußten also vor der Kundgebung dorthin geschafft worden sein. Also der Werdplan war

- 3. Aufhebung aller auf Grund der Notverordnungen erfolgten Lohn- und Gehaltsabzüge sowie Kürzungen der Erwerbslosen-unterstüzungen und Renten, 4. Volle Ueberweisung der Hauszinssteuer an die Gemeinden, 5. Ueberweisung der Reichseinkommen- und Körperchaftsteuer in Höhe von 30 Prozent an die Provinzen und Gemeinden, 6. Streichung aller Mittel für Polizei, Justiz und Kirche, 7. Einstellung aller Zahlungen aus den Verpflichtungen des Young-Planes und der Auslandsschulden, 8. Verwendung aller dadurch freiwerdenden Mittel zu großzügiger Arbeitsbeschaffung, 9. Aufhebung aller Preisfestelegungen, Versammlungs- und Demonstrationsverbote.

Die kommunistische Fraktion erklärt mit aller Deutlichkeit, daß diese Forderungen nicht durch parlamentarische Mittel durchgesetzt werden können. Nur im schärfsten Kampf mit allen Mitteln, ins-besondere des Streiks mit dem Ziel Sturz des kapitalistischen Systems und Errichtung eines Sowjetdeutschlands sind diese Forderungen in die Tat umzusetzen.

Pietisch (SPD.) unterhielt zwar die Versammelten durch einige Witze und Lächerlichkeiten, doch zu den praktischen Dingen sagte er sehr wenig. Nicht ein Wort sagte er zu dem von der „Volks-wacht“ und auf dem Krisenlangtisch „Beratern“, „Arbeitsbeschaffungs-programm“. Er empfahl die Annahme dieses Hungeretats, welcher mit circa 10 Millionen hinter dem des vorigen Jahres zurückbleibt und durch welchen erneut Tausende von Werktätigen erwerbslos ge-macht werden und bleiben. Das ist die Realpolitik der SPD. im Dienste der Kapitalisten — Erhaltung der kapitalistischen Profitwirt-schaft auf Kosten der Werktätigen. Mit seinem letzten Satz: „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen“ entpuppte sich Pietisch als das was er ist: Ein übler Demagoge, Schaumschläger und Latai der Kapitalisten, vor dem die Arbeiterklasse alle Ursache hat, sich zu hüten.

Nachdem sich das Parlament noch einmal auf kurze Zeit verlagert und der Stichhandel zwischen den Fraktionen seinen Lauf genommen hatte, kam

die Abstimmung über den Hauptetat,

welcher mit 1,5 Millionen Defizit abschließt und mit knapper Mehr-heit angenommen wurde.

Zum Schluß sprach Lüdemann (der Mann aus dem Volke) und drohte bereits weitere Sparmaßnahmen zur Ausbalaunierung des unausgeglichenen Etats an.

Und der Effekt: für drei Millionen weniger an Straßenbauten, drei Millionen weniger an Landeskultur- und Meliorationsarbeiten, vier Millionen weniger für die Wohlfahrtspflege, das ist der praktische „Erfolg“ der diesjährigen Provinziallandtags-sitzung. Die Arbeiter-klasse muß in geschlossener Kampfesfront das kapitalistische System mit samt seinen nutzlosen Parlamenten beseitigen und dem Beispiel der russischen Brüder folgen. Erst im sozialistischen Vaterland wird Arbeit und Brot für alle Menschen da sein und alle Not und alles Elend beseitigt sein.

wohl vorbereitet. Zwei Arbeiter, darunter ein Jugendlicher, wurden erheblich verletzt.

Nach diesen Vorfällen waren die Ohlauer Arbeiter auf der Hut. Die Situation war eine äußerst gespannte. Am Sonnabend bei der Auszahlung der „Wohlfahrt“ trug ein Trupp Nazis Plakate in Ohlau durch die Straßen und provozierte bei drei Rebellhörnern die an-weisenden Arbeiter am Ring. In der August-Heide-Straße kam es zu einem Zwischenfall, bei dem die Transparente der Nazis von den Arbeitermassen zerstoßen wurden.

Am Donnerstag, dem 28. April, verhaftete man zehn unserer Ge-nossen. Sie wurden der Auto nach Brieg ins Untersuchungsgefängnis übergeführt. Die Justiz arbeitet schnell, besonders wenn es sich um Ar-beiter handelt. Schon am folgenden Tage verurteilte das Schnell-gericht unsere Genossen zu insgesamt 75 Monaten Gefängnis, nachdem der Staatsanwalt 107 Monate beantragt hatte.

Es erhielten Bugalla Hermann 6 Monate, Pohl Walter 6 Mo-nate, Schröder Fritz 15 Monate, Clawitz Richard 6 Monate, Schneider Bernhard 6 Monate, Wiele Reinhold 3 Monate, Djallos 3 Monate, Woffiol (65 Jahre) 6 Monate, Klar Karl 15 Monate, Weiblich Fritz 6 Monate, Franin 3 Monate Gefängnis.

Unter den Verurteilten befindet sich auch ein SPD.-Arbeiter und ein SA-Mitgl.

Das Verfahren gegen den Maurer Reinhold Wlag wurde von der Verhandlung getrennt, da seine Anklage auf schweren Land-friedensbruch lautete und er den Antrag stellte, daß ihm ein Verteidiger gestellt werden müsse. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er der SPD. angehöre, erwiderte er mit der dazu entsprechenden Handbewe-gung zu unsen und auch seinen beiden Genossen: „Mit diesen Leuten habe ich nichts zu tun, ich bin Gott sei Dank seit 1903 in der SPD.“

Die Strafe unseres Genossen Schröder war deshalb so hoch, weil der Reichsbannerführer Wlech auf der anderen Seite des Schloßplatzes laut erzählt hat: „Der Schröder Fritz ist firm im Zu-sammenschlagen!“ Dieser Ausspruch ist von einer Nazistrau gehört worden und wurde auch vor Gericht beidelt.

SPD.-Arbeiter von Ohlau!

Zwei prominente „Führer“ von euch stehen vor euch. Was sagt ihr nun? Wir erwarten von euch, daß ihr mit uns in der „Arbeiter-zeitung“ darüber diskutiert. Eure Meinungen werden wir in unserer Presse veröffentlichen und werden dazu Stellung nehmen.

Genossen! SPD.-Arbeiter! So wie es jenen revolutionären Ar-beitern ging, die sich gegen die Faschistenbrut gewehrt haben, so kann es auch euch gehen, wenn ihr nicht bald mit uns die rote Einheitsfront bildet gegen Faschistenterror und Klassenjustiz. Die Diskussion ist er-öffnet, nun an's Werk! Eure Antworten nimmt der Zeitungsredmann Genosse Beckmann, Steindamm 5, entgegen.

Inzwischen haben wir in Erfahrung gebracht, daß am gestrigen Tage zwei der verurteilten Arbeiter, Schröder und Klar, verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert wurden.



Verboten

und aufgelöst sollen im Einverständnis mit Höltermann alle antifaschistischen Organisationen werden Heraus zum Protest am Mittwoch, 4. Mai, 20 Uhr, im Bergkeller (Saal u. Garten)

Verantwortlich für den pörrigen Teil: Bruno und Woldemar Satz Binder, Breslau. — Für die übrigen Teile: Alfred Kirsch, Berlin. — Für Anzeigen: Albert Gollmann, Breslau. — Berlin und Ost: Eolische Verlagsgesellschaft m. B. & Co., Breslau, Steinbergstraße 20.

Rund um den Erdball

Reportage aus dem „Heiligen Römischen Reich“

Von Tirol nach Abessinien — Der Traum ist ausgeträumt

Um es gleich zu sagen: es handelt sich nicht um Rom. Aber es macht nichts. Das alte „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ hatte schließlich auch nicht in Rom seinen Mittelpunkt. Die Geschichte spielt in zwei Erdteilen: in Tirol, das bekanntlich in Europa liegt und in Abessinien, das einen Kaiser besitzt und sich in Nordafrika, in der Nähe von Wien befindet.

Wer kennt nicht Tirol? Jemandem vom Hörensagen kennt es jetzt. Es ist das Land mit den schönen Bergen und mit einer äußerst frommen katholischen Bevölkerung, die darauf achtet, daß die Sadehosen bei den Kurgängen nicht zu kurz sind und was sich die Wirtshäuser in den Händen der Pfarrer befinden. Man sieht, das „Heilige“ ist hier jenseit in einer Hand konzentriert.

Von Tirol weiß man noch, daß es einmal einen Andreas Hofer heißen hat, von dem das berühmte Lied lautet: „Zu Mantua in Fanden...“ Außer zu Europa gehört dieses Tirol auch zur Republik Österreich. Hier in diesem heiligen Land Tirol haben die österreichischen Heimwehrschützen ihre Zentrale. Den Bauern geht es in letzter Zeit so schlecht, daß die meisten von ihnen hauptsächlich am Verhungern sind. Und je mehr der Nationalismus in diesem Ländchen gewachsen ist, desto größer wurde der Hunger.

Nun belagert Tirol zum Glück nicht nur einen berühmten Helden Andreas Hofer, sondern besitzt auch einen Mann namens Andreas Thaler. Dieser Mann Andreas Thaler trägt, wie sein Namensvetter Andreas Hofer, ebenfalls einen langen Bart und war eine zeitlang österreichischer Bundesminister für Landwirtschaft. Er sah die Not seiner Tiroler und sagte folgenden Bescheid: Das „Heilige Römische Reich“ muß wieder erheben. Warum auch nicht? Bleibt nur die Frage wo? Also Erzengel Thaler nahm einen Globus in die Hand und ließ sich nach Abessinien. Er sah dort — a! — dem Globus natürlich — unbewohnte Länder und belagert auf diesem Gebiet das „Heilige Römische Reich“ erheben zu lassen.

Gelang — genau, Erzengel Thaler, mit Vornamen Andreas, brach sich nach Abessinien und nahm gleich mit dem Kaiser von Abessinien Verhandlungen auf. Dieser erklärte sich bereit, über seine Staatenverträge ein Gebiet ungefähr in der fünffachen Größe Österreichs zur Verfügung zu stellen. Mit der hohen Politik, eine neue Welt zu entdecken, gewissermaßen als zweiter Kolumbus, aber mit noch größerem Ziel, lehrte Erzengel nach Tirol zurück und verkündete seinen Bauern, daß die Erlösung nahe ist.

Quersende Menschen sind bereit, überall hinzugehen, wo Arbeit und Brot winkt — mag es auch in das neue, unendliche „Heilige Römische Reich“ in Abessinien sein. Der österreichische Staat heilte eine gewisse Summe zur Verfügung. Und Andreas Thaler bzw. Kolumbus II. marschierte an der Spitze seiner Schar nach Abessinien. Schon erkundete vor seinem Aufbruch diese alte neue Welt in seiner Pracht und Herrlichkeit. Er sah bereits die Kaiserkrone auf seinem Haupte und es war nur die Frage darum, ob Österreich eine Kolonie des römischen Reiches oder dieses Römische Reich eine Kolonie Tirols sein wird.

Aber wie kam man Andreas denn? Als Andreas mit seiner Schar nach Abessinien kam, stellte sich heraus, daß da-

er lange Verhandlungen, die von gleichem „Erfolg“ gekrönt waren, wie die Verhandlungen in Abessinien. Wieder stellte der Staat, dessen Regierung sich in den Händen der Partei befindet, der auch Andreas bzw. Kolumbus II. angehört, eine Summe zur Verfügung. Wieder wurde der Ocean einige Mal durchquert. Und der Erfolg? Die Familien der ausgewanderten Bauern veräußerten ihre letzte Habe, um ihren Familienhäuptern die Reise, speisen zur Rückkehr aus Südamerika zu sichern. Damit hat der große Versuch, das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ in Abessinien oder in Südamerika von neuem erheben zu lassen keinen vorläufigen Abschluß gefunden.

Geniale Menschen, besonders Staatengründer, lassen sich durch einen „Meinen“ Mißerfolg nicht abföhren. Andreas Thaler schiffte sich kurze Zeit, nachdem er aus Abessinien zurückgekehrt war, nach Südamerika ein und landete in Brasilien. Auch hier führte

er lange Verhandlungen, die von gleichem „Erfolg“ gekrönt waren, wie die Verhandlungen in Abessinien. Wieder stellte der Staat, dessen Regierung sich in den Händen der Partei befindet, der auch Andreas bzw. Kolumbus II. angehört, eine Summe zur Verfügung. Wieder wurde der Ocean einige Mal durchquert. Und der Erfolg? Die Familien der ausgewanderten Bauern veräußerten ihre letzte Habe, um ihren Familienhäuptern die Reise, speisen zur Rückkehr aus Südamerika zu sichern. Damit hat der große Versuch, das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ in Abessinien oder in Südamerika von neuem erheben zu lassen keinen vorläufigen Abschluß gefunden.

Die Geschichte ist infolgedessen von Interesse, als die Kolonisationspläne in Deutschland, das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung und der Gewerkschaftsführer ungefähr den gleichen Charakter trägt.



Die ersten Bilder vom Vulkanausbruch in Südamerika

Oben: ein Landschaftsbild aus Südamerika, 150 Kilometer vom Schauplatz der Katastrophe entfernt; die Gegend ist mit Aschenstaub bedeckt. Unten: in der Stadt Curico in Chile wird die fuhhohe Lavaeise, die bis hierher geschleudert wurde, fortgeschafft.

Schweres Kraftwagenunglück Vier Tote

Hagen (Weistal), 2. Mai. Am Sonntag früh ereignete sich an der Schwertler Straße ein schweres Kraftwagenunglück. Ein aus Habel kommender Kraftwagen fuhr in voller Fahrt gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Die vier Insassen, drei Männer und eine Frau aus Herbede, waren auf der Stelle tot, während der Führer mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Hagener Feuerwehr mußte die Trümmer auseinanderbewegen. Unter den Toten befanden sich ein Matrosenoffizier und ein Polizeibeamter.

Aus Not und Verzweiflung...

Weißelburen, 2. Mai. Im benachbarten Hassenbüttel ereignete sich am gestrigen Sonntag eine furchtbare Plünderung. Ein bei der Hofbesitzerin Kruse beschäftigter polnischer Arbeiter, dem zum 1. Mai gekündigt war, erschloß seine Arbeitgeberin, verbarrikadierte sich dann auf dem Hausboden und gab auf die ankündenden Landjägerbeamten etwa 100 Schüsse aus einem Militärgewehr, einer Jagdflinte und einer Pistole ab, die jedoch niemand trafen. Die Landjägerbeamten erwiderten das Feuer. Als endlich ein Heberjallommando aus Schleswig-Holstein eintraf, verübte der Täter Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Schläfe schoß.

Großer Waldbrand bei Potsdam

Potsdam, 2. Mai. Am Sonntag vernichtete ein großer Waldbrand bei Kirch 200 Morgen des Rothenschen Waldgebietes. Es handelt sich dabei zum größten Teil um 20jährige Schonung. In sämtlichen Dörfern der Umgebung läuteten die Sturmglocken. 15 Feuerwehren erschienen an der Brandstätte. Sie wurden bei der Löscharbeit von zahlreichen Siedlern und Ausflüglern unterstützt. Mehrere Lokomotiven brachten Speien und Beile für die Löschmannschaften herbei, die unter der starken Hitze sehr zu leiden hatten. Aus den Feuertagen wurde in Kraftwagen Trinkwasser herangebracht. Das Feuer ist wahrscheinlich durch die Unachtsamkeit von Ausflüglern entstanden.

Schießerei in einem Düsseldorfer Café

Düsseldorf, 1. Mai. In der Nacht zum Sonntag entstand in einem Café zwischen einigen Artisten und anderen Anwesenden eine Schlägerei, in deren Verlauf der Artist Michael Cammerberg durch zwei Schüsse schwer verletzt wurde. Der Mann, der die Schüsse abgegeben hatte, wurde festgenommen, ebenso zwei weitere Festsetzte. Die polizeilichen Ermittlungen zur Klärung des Verhältnisses sind im Gange.

Acht Monteure bei einem Gerüstesturz schwer verletzt

Hannover, 2. Mai. Im Hohenwerf Natural in Hannover ereignete sich ein schweres Unglück. Auf einem Gerüst waren acht Monteure mit Reparaturen beschäftigt. Plötzlich gab die Seile, an denen das Gerüst befestigt war, nach. Die acht Arbeiter stürzten in die Tiefe und trugen schwere Verletzungen davon. Auf dem Transport zum Hüftenlazarett erlag einer von ihnen seinen Verletzungen.

Erdrutsch begräbt einen Bauernhof Drei Tote

Paris, 2. Mai. Ein folgenschwerer Erdrutsch ereignete sich am Sonntagabend in der Nähe von Pribas in Südfrankreich. Etwa 300 Kubikmeter Erde rutschten plötzlich ab und begruben einen Bauernhof mit seinem lebenden und toten Inventar unter sich. Die Hofbesitzerin, ihr 16-jähriger Sohn und eine auf Besuch befindliche 16-jährige Nichte wurden lebendig begraben und konnten nur noch als Leiche geborgen werden.

Malariaepidemie in Natal Bis jetzt 1200 Tote

Kapstadt, 2. Mai. Die Bezirke Magonia und Goshwe in Natal wurden zur Zeit von einer verheerenden Malariaepidemie heimgesucht. Bis jetzt sind etwa 1200 Eingeborene gestorben. Die Missionare haben dringend Chinininjektionen angefordert, da dieses Heilmittel sehr knapp geworden ist.

Herabgestürzter Felsblock verhindert Eisenbahnverkehr

St. Goar, 2. Mai. Am Sonntag vormittag gegen 9 Uhr stürzte am Eisenbahnviadukt der Strecke St. Goar-Oberweier ein etwa 20 Zentner schwerer Felsblock ab. Kurze Zeit darauf passierte ein Personenzug in Richtung Bingen die Strecke. Er fuhr gegen den Felsblock und schob ihn zur Seite. Kurze Zeit später kam aus der entgegengesetzten Richtung ein Zug, der auch auf den Felsblock stieß. Beide Maschinen wurden stark beschädigt. Der Zugverkehr wurde für einige Stunden lahmgelegt. Personen wurden nicht verletzt.

Wieder Drahtseilanschlag in Ostmecklenburg

Güstrow, 2. Mai. In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Saager Landstraße wieder ein Drahtseilanschlag auf einen Kraftwagen verübt. Zwischen den Telegraphenmasten 36 und 37 hatten die Täter einen starken Kuppeldraht gespannt. Als das Postauto Detrow-Gosten gegen 23 Uhr gegen den Draht fuhr, wurde der Führer mit einem schweren und eine Schutzscheibe zerbrach. Durch die Heftigkeit der Fahrt wurde ein schweres Unglück verhindert.

Bisher 15 Tote beim Taifununglück auf der Philippineninsel Sulu

Manila, 2. Mai. Berichten aus Manila zufolge sind dem Taifununglück auf der Insel Sulu bisher 15 Tote neben zahlreichen Verletzten und Vermissten zum Opfer gefallen. Die Einwohner der Stadt Jolo, die vollkommen zerstört wurde, kampieren auf der Straße. Flugzeuge mit Hilfsmitteln sind unterwegs.

Mord und Selbstmord

Hamburg, 2. Mai. Der 25-jährige Hafenarbeiter Casar Brenner aus Hamburg tötete die 55-jährige Margarete Ede in seiner Wohnung mit einem Rasiermesser durch Halschnitt und verübte dann auf die gleiche Weise Selbstmord.



Künstlicher Kehlkopf ermöglicht Sprechen

In Amerika hat man einen Apparat konstruiert, der es Leuten, die ihre Stimme verloren haben, möglich macht, wieder zu sprechen. Durch das Bewegen der Lippen formen bekanntlich Mund und Zunge die Worte. Eine kleine Röhre, die in Verbindung mit dem künstlichen Kehlkopf steht, wird nun zwischen die Lippen genommen. Der künstliche Kehlkopf, den der Benützer unter dem Arm hält, macht nun das Gesprochene hörbar.

Die Not trieb den Arbeiter Willi Knebel in den Tod

Wir rufen zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind!

Berna, Kreis Lauban. Verpätet erhalten wir die Mitteilung, daß der Steinarbeiter und Häusler Willi Knebel am 25. April sein Leben freiwillig beendete. Der Arbeiter Willi Knebel hatte fünf Kinder im Alter von zwei bis zehn Jahren. Er ist seit längerer Zeit arbeitslos. Im September vorigen Jahres wurde ihm die Arbeitsunterstützung zugesprochen und nach vier Wochen wieder entzogen, weil er zehn Morgen Land besitzt. Das Grundstück ist verschuldet. Der Arbeiter war nicht mehr in der Lage die Zinsen aufzubringen. Er selbst, seine Frau und Kinder waren vollkommen ausgehungert. In seiner Verzweiflung griff der Arbeiter Willi Knebel am 25. April zum Selbstmord.

Wer ist schuld an dem Tod dieses Arbeiters? Hunger und Not trieben ihn zur Verzweiflung. Die Ursache aber von Hunger und Not ist die heutige Massenverelendung, ist die Tatsache, daß das brutale kapitalistische System nicht mehr fähig ist, seine eigenen

Arbeiter zu ernähren. Die letzten Notverordnungen haben auch diesem Arbeiter seine Arbeitsunterstützung. Nur angewiesen auf das Stückchen Grundstück, das zudem verschuldet ist, konnte die siebenköpfige Familie unmöglich existieren. Verarmung ist für jeden Tod im kapitalistischen System und die Sozialdemokratie, die sich als Arzt an diesem System betätigt.

Den Arbeitern und dem notleidenden Landvolk läßt sich nur der Weg von Willi Knebel als ein richtiger Weg! Ihr alle müßt das Kampfbündnis zwischen Stadt und Landbevölkerung schließen, um in roter Einheitsfront den Kampf zur Tilgung der Schulden der armen Landbevölkerung, um Unterstützung und Arbeit für alle Erwerbslosen zu führen. Der gemeinsame Kampf wird euch durch die gemeinsame Not diktieren. Nur im gemeinsamen Kampf wird der gemeinsame Feind Kapitalismus mit all seinen Lakaien, von den SPD bis zu den Nazis, geschlagen!

„Verbotene“ SA übt weiter faschistischen Terror

Unter Billigung des Bürgermeisters und Polizeikommissars besteht die SA-Kaserne in Bunzlau weiter — Nur rote Einheit schlägt Faschistenterror

Nach der Hindenburgwahl und dem darauffolgenden Verbot der SA-Garde Hitlers triumphierte die SPD-Presse über einen „Sieg gegen den Faschismus“. Wir warnten die Arbeiterklasse sofort vor diesem neuen Betrug und zeigten auf, daß die SA nur aus tatsächlichen Gründen verboten wurde. Die Nazis sollten endlich regierungsfähig gemacht und den SPD-Führern ein billiger Agitationsstoff geliefert werden. In Wirklichkeit wollte die Bourgeoisie durch dieses „Siegesgeschrei“ der SPD die antifaschistische Kampfbereitschaft vor allem der sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter schwächen. Der Faschismus wurde dadurch gehärtet!

Die SA als ein Teil der faschistischen Bewegung besteht trotz „Verbot“ weiter. Dafür einige Beispiele:

Vor einigen Tagen berichteten wir aus Gottesberg, daß dort die SA in geschlossenen Reihen aus der Umgebung aufmarschierte und einen Angriff auf das Arbeiterviertel plante. Tischen fanatisierten SA-Leuten geschah von Seiten der Polizei nichts. Reichsbanner- und kommunistische Arbeiter wurden verhaftet und ein Arbeiter sogar auf der Polizeiwache verprügelt!

Aus Bunzlau erhalten wir eine Meldung, wonach dort die Nazifaserne nach wie vor geöffnet und die Patenkreuzfahne angebracht ist. Genau so wie vor dem „Verbot“ kommen dort auch heute noch die SA-Leute zusammen. Die Erwerbslosen SA-Leute haben dort nach wie vor ihre Unterkunft. Der ganze Umkleedienst, daß viele SA-Mitglieder jetzt „Erwerbslosenheim für NSDAP-Mitglieder“ heißt. Das ist nur eine Tarnung. Die hitlerischen SA-Garden werden hier weiter gedrillt, um sie auf die revolutionären Arbeiter loszulassen. Das alles geschieht unter der ausdrücklichen Billigung des Bürgermeisters und Polizeikommissars! Noch in Zvering

Polizeiminister! Gegen die Nichtdurchführung des SA-Verbotes schießt er nicht ein. Hier zeigt sich, wie mit dem angeblichen SA-„Verbot“ in Wirklichkeit nur die Arbeiter gegenüber dem Hitlerfaschismus in „Sicherheit“ gewiegt werden sollen.

Die Vorgänge in Gottesberg und Bunzlau sowie in einer Reihe anderer Orte beweisen, daß die hitlerischen SA-Garden nach wie vor bestehen und ihren faschistischen Terror gegenüber der Arbeiterklasse ausüben. Nur die Kampfbereitschaft aller Arbeiter kann den faschistischen Terror brechen! Das was in dem Einheitsaufmarsch der SPD und NSD zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub gefaßt wird, gilt auch für den antifaschistischen Kampf. Alle Antifaschisten müssen ungeachtet ihrer Partei- und Organisationszugehörigkeit sich zum gemeinsamen Kampf gegen jeden faschistischen Terror zusammenschließen! Haltet die Augen und Ohren offen! Wartet in jedem Verhältnis, an der Stammpflichte und im Wohngebiet Selbstschutzformationen zum Kampf gegen den Faschismus!

Landarbeiter aus der „Eisernen Front“ berichtet

Uttwarthau. Ein Landarbeiter, der noch heute in den Reihen der „Eisernen Front“ steht, berichtet uns folgendes: Bei uns auf dem Gut Uttwarthau herrschen rechtliche Zustände. Auf dem Gutshof werden die Nazi- und SA-Mitglieder handia bewacht. Der Gutsherr selbst ist als Nazidirektor bekannt. Mit

Jilge erbettelt sich die Gunst der Grubenbarone

Früher war Jilge Antreiber auf Hans-Heinrich-Schacht und Fürstensteiner Grube — Das will er heute wieder werden

Weißstein. Der frühere Steiger Jilge aus Weißstein war als Steiger in der 20. Abteilung auf dem Hans-Heinrich-Schacht. Als solcher erregte er sich die Gunst des früheren Betriebsleiters Dr. Werke. In seiner Eigenschaft als Gehilfen wurde der Abteilungsleiter Wittner der 3. Abteilung von Jilge verdrängt. Wittner mußte die viel kleinere Abteilung übernehmen. Jilge konnte zwar die Leistung steigern, aber nur auf Kosten der Bergarbeiter. Als Tätigkeitsfeld hatte er unter anderem das Untertage im 28. Feld. Nachdem er dieses an die 1. Abteilung abgeben mußte, war es keine Arbeitsstätte mehr, sondern ein Zankapfel ersten Ranges. In diesem Wagenberg hatte er die Kohlenhöhe östlich und westlich des Berges so ausfallen lassen, daß ein ungeheurer Fund auf die Bone einlegte und die Förderung wochenlang sehr eingeschränkt wurde. Hier zeigte es sich, daß Jilge nur ein stehläufiger war. Sein Windstein begann damit zu finken.

Er verlegte jetzt sein Tätigkeitsfeld nach der Fürstensteiner Grube. Hier bekam er den blauen Brief. Um nicht hängen gehen zu müssen, bewarb er sich bei der inländischen Handelsgesellschaft um Aufstellung in Sommersgrund. Die Bergarbeiter von der Fuchsgrube glaubten, es wäre ein Aprilscherz, als sie hörten, daß Jilge seine Tätigkeit nach dem Arbeiterstaat Rußland verlegen wolle. War er doch lange Jahre führender Ammann im Stahlhelm. Die Mitgliedschaft in demselben ging sehr rapide zurück, so daß nur wenige Betreuer übrig blieben. Jeder Kameradschaftsabend des Stahlhelms war ein Saufabend, wo die Gönner und Geldleute die Mitglieder mit Bier und Schnaps zusammenbrachten. Nun zu dem Bericht Jilges im Tageblatt.

Im Sommer 1931 war Herr Jilge auf Urlaub und gab seine Einkünfte während seiner Tätigkeit bis dato in einer öffentlichen Versammlung im „Deutschen Hause“ kund. Am Anfang seiner Rede wate er ungefähr folgendes: „Es ist eine große Schande für die hiesige Presse und Verleumder, welche über Rußland so Schlechtes berichten. Deutschland hat selber so viel Schlechtes, daß man nicht über Rußland reden soll. Gewiß ist in Rußland noch nicht alles so wie es sein soll, aber es zeigt den Willen, daß es in langer oder kurzer Zeit den europäischen Staaten überlegen sein wird.“ Auch das Wohnungswesen kritisierte er scharf. Damals sagte er, daß dort eine große

Siedlung vorhanden ist und noch gebaut wird, und heute sollen er von Mehlenjähren (!) als Wohnungen. Herr Jilge ist ja auch drauf und dran, seine Erbinne in Rußland verfallen zu lassen. Die Hauptfrage ist ja, daß er Geschichte macht. Jilge erklärte ja selber gegenüber einem Genossen, er mühe jetzt über Rußland zu schreiben, weil sie hoffen, dadurch wieder auf einer Grube angestellt zu werden. Kameraden der Fuchsgrube, am 27. April ist ein Delegierter nach Sommersgrund gefahren, um sich die dortigen Verhältnisse anzusehen. Vielleicht ist es ihm möglich, das Tätigkeitsfeld des Herrn Jilge zu besuchen, dann werden wir noch weiter darüber berichten. Jedenfalls steht fest, daß Jilge in den Diensten der Grubenbarone steht. Die Bergarbeiter werden sich von ihm mit Absicht wenden und überall seinen Lügenberichten entgegenreten.

Erbitterung der SPD.-Arbeiter gegen ihren Parteifetretär

Wir rufen alle SPD.-Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen Not und Elend

Ströbel. Trotz allen Verleumdungen und Verhörungen der SPD konnte die SPD am hiesigen Ort einen Stimmengewinn erringen, während die SPD einen Stimmenverlust gegenüber der Reichstagswahl zu verzeichnen hatte. In einer SPD-Verammlung sprach der frühere Leiter des Roten Frontkämpferbundes, Pöhlhagen Steffen aus Bressan. Trotz seiner wüsten Rede auf die Kommunisten ließen sich die Wähler nicht beirren. In dieser Versammlung gebärdete sich die Wohlhabensplegerin Angres schämmer wie ein Schulkind. Schon lange vor Startstunden der SPD-Verammlung hatte sie zur Erklärung aufgefordert für den Fall, daß sich der Kommunist Steiner zum Tisch setzen würde.

Um die Not der Erwerbslosen kümmert sich diese SPD-Wohlhabensplegerin sehr wenig. Es ist die höchste Zeit, daß ihr von der Arbeiterklasse gesagt wird, daß sie ihren Gehalt nicht erhöht, um gegen die Kommunisten zu behen. Es sind Beweise genügend vorhanden, wo die Wohlhabensplegerin die Arbeitslosen falsch beraten hat, so daß die Arbeitslosen Schaden erlitten haben. Mit dem Verhalten der Wohlhabensplegerin werden wir uns in nächster Zeit einmal eingehend beschäftigen müssen. Die SPD hatte für Sonntag, den 23. April, eine Wahlerversammlung einberufen, in welcher Genosse Lothe-Breslau in sachlicher Weise den Verrat der SPD kennzeichnete. Schon vor Beginn der Versammlung hatten die SPD-Führer erklärt, daß sie die Versammlung sprengen wollen. Sie hatten sich einen Redner aus Waldenburg herangeholt. Von einem Parteifetretär wurde der Verrat der hiesigen SPD im Gemeindeparlament befeuchtet, was den SPD-Führern schwer auf die Nerven fiel. Kurz vor Schluß der Versammlung erschien der SPD-Parteifetretär

aller Brutalität geht er nicht nur gegen die kommunistischen Arbeiter, sondern auch gegen die Arbeiter der „Eisernen Front“ vor. So brüht er unter anderem fast jeden Tag: „Man man los, ihr roten Mucker, jetzt kommt es anders.“

Tiefer Urge Brauch eines sozialdemokratischen Landarbeiters zeigt, wie sich die hitlerische SA besonders nach dem „Verbot“ auf dem Lande breit macht, um die Landarbeiter noch mehr zu terrorisieren. Die Tatsache, daß der Naziführer sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter als „rote Hunde“ bezeichnet, muß allen Arbeitern, die heute noch in der „Eisernen Front“ stehen, die Augen öffnen. Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, steht in einer Klassenfront mit den kommunistischen Arbeitern! Ihr leidet gemeinsam unter der Not und dem Reichsrententerror! Zielt daher alles Trennende beiseite! Stämmt in der roten Einheitsfront gegen den Reichsrententerror, für die Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen auf dem Gutshof!

Wichtige Kundgebungen am 1. Mai in Waldenburger Industriegebiet

Waldenburg stand am 1. Mai im Zeichen des 1. Mai als Kampftag gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion. 2000 Arbeiter marschierten hinter den Fahnen der SPD und NSD. Die Kampfschlänge der Fuchsgrube marschierten in großer Zahl mit und gaben dem Demonstrationzug ein wichtiges Gepräge. Auch die roten Sportler waren in großer Zahl aufmarschiert.

Gegen Schluß provozierte Polizei die Demonstranten in unerhörter Weise. Sie veranstaltete eine Jagd nach Koppeln und Schulterriemen. Schließlich wurde die Demonstration unter Anwendung des Gummiknüppels aufgelöst. Ein Arbeiter wurde verhaftet.

Auch in Wülfegiersdorf, Friedland und Landeshut fanden wichtige Aufmärsche statt. Der Kampftag am 1. Mai muß für jeden revolutionären Arbeiter ein Ansporn sein, die Anstrengungen zur Herstellung der roten Einheit im Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub zu verstärken!

Zeugen gesucht!

Gottesberg. Bei den Vorfällen am 26. April in Gottesberg, haben die Nationalsozialisten answärtige SA und SS nach Gottesberg herangezogen, die in geschlossenen Formationen angedrückt kamen. Alle, die hierüber nähere Angaben machen können, werden erucht, sich bei dem Genossen Richard Bergmann, Kurtstraße 6, zu melden. Besonders wichtig sind uns Angaben über Stärke, Zeit und Richtung der NSDAP. Alle die sonstige Angaben machen können, fordern wir auf, uns dieses sofort zu melden.

Berichtigung

Wülfegiersdorf. Auf Grund des Paragrafen § 11, persönlichlichen mir folgende Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß ich dem Reichsrententerror, bei dem ich seit mehr als 2 Jahren anwesend bin, absahen worden bin.

Wahr ist, daß ich, weil ich kein Vaterlandsverräter bin, meine Stellung freiwillig, durch Kündigung aufgabe, um einem trüber gehaltenen Plan, nämlich mich meinem gelehrten Hauswerk als Arbeiter wieder zuzuwenden, anzuschließen. Diese Gelegenheit hatte ich für mich für immer verdrückt, weil ich jetzt sofort ein fremder auswärtiger Arbeiter hier niederlassen wollte.

Es ist nicht wahr, daß ich in Waldenburg damit, um ein gutes Gehalt zu machen, mit dem „Stahlhelm“ in Verbindung getreten bin, oder mich um die Mitgliedschaft im „Stahlhelm“ beworben habe.

Es ist nicht wahr, das der hohe Rat des „Stahlhelms“ über meine Mitgliedschaft verhandelt und beschlossen hat. Wahr ist, daß ich am 2. März 1931 wie auch an früheren Tagen, mich im Stahlhelm zur Stammbesuche, mit anderen Vätern, die zum Teil dem Stahlhelm angehören, an einem Tisch saßen habe, wie ich mir in meinem Privatleben schon früher wie habe verhalten lassen, mit wem ich mich im öffentlichen Leben, an einem Tisch zu setzen habe. Wahr ist, das politisch rechtsgerichteter Einwirkung, sich mir als Stunden im neuen Beruf anzubieten hab-n, und daß ausgerechnet aus Arbeiterkreisen, denen ich immer zu dienen bereit war; diese um mich verbreiteten Lügen stammen.

Wir haben zu erwarten, daß jetzt auch die Ereignisse des Stahlhelms, Reichsrententerror, zu diesem Reumann gibt. Diese Tatsache läßt alleinhand Schlußfolgerungen zu.

DU unterstützt deine Zeitung, wenn du bei deinem Einkauf an die „Arbeiter-Zeitung“ erinnerst.
Sage es deiner Frau!

Der Ausfall der Wahl hat bei den SPD-Listen und Reichsbannerleuten arge Enttäuschung gebracht. Mit hängendem Kopf und ganz tiefen schlichen sie auf der Straße dahin. Die Klassenbewußten Arbeiter werden sich weiterhin anstrengen, um die kämpfende rote Einheitsfront unter allen Arbeitern herzustellen. Dazu gilt es besonders die erbitterten SPD-Arbeiter zu gewinnen.

Arbeitende Jugend in roter Einheitsfront gegen Arbeitsdienstpflicht, Reaktion und Faschismus!

Jungarbeiter! Jugendgenossen!

Die Bourgeoisie holt zu neuen Schlägen gegen die werktätige Jugend aus. Unsere Hungerlöhne sollen weiter gekürzt, dem Hungerverlorenen alles genommen werden.

Reichsinnen- und Wehrminister Groener kündigt die Militarisierung der Jugendorganisationen, den Sportdienst und die Arbeitsdienstpflicht an.

Die Jungertverlorenen will man in der Zwangsjacke der Dienstpflicht völlig knechten, faschistisch vereinen, zu einer Lohndruck- und Streikbrucharmee drillen, um sie später als

**Kanonensfutter für den kommenden Krieg
gegen die Sowjetunion**

zu benutzen. Groener will die bürgerlich-faschistischen Jugendorganisationen im Dienste der Militarisierung vereinigen und die proletarischen revolutionären Jugendorganisationen zer schlagen.

Das ist die Marschroute unserer Feinde.

Vor uns steht die Entscheidung!

Wir müssen zum Angriff gegen die Ausbeutung- und Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie übergehen.

Wir können den Lohn- und Unterstützungsabbau abwehren. Wir können den Faschismus schlagen. Wir können alle Angriffe auf die proletarische Jugend und ihrer Organisationen zurück schlagen, wenn wir die ganze Jungarbeiterkraft, die von diesem Hunger und Elend, von der Ausbeutung betroffen wird, uns einheitlich zusammenschließen, geschlossen und vereint unsere Kräfte zum Kampfe einsetzen.

Wir wenden uns an dich ZNler, Junggewerkschafter und Jungsportler:

Reiß dich ein in die Einheitsfront des Kampfes gegen

Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Faschismus und Arbeitsdienstpflicht, gegen imperialistischen Krieg, zur Verteidigung der Sowjetunion.

Es ist an der Zeit, uns zusammenzuschließen, gleich welcher Organisation wir angehören. Wir sind bereit, mit euch gemeinsam zu marschieren und für die Forderungen zu kämpfen, die im Interesse des Jungproletariats liegen. Wir schlagen euch vor:

Schmiedet mit uns im Betrieb die gemeinsame Kampffront und bildet Kampfausschüsse zum einheitlichen Kampf für die Forderung der werktätigen Jugend.

Jungertverloren! Reißt euch auf den Stempelstellen die Hände, denn alle, die vom Unterstützungsabbau betroffen und der Arbeitsdienstpflicht bedroht sind, haben einen gemeinsamen Kampf und müssen einheitlich marschieren, um die Pläne der Brüning-Groener juristisch zu schlagen.

Gemeinsame Not erfordert gemeinsamen Kampf! Entschaltet darum das rote Kampfbanner der proletarischen Einheitsfront!

Wir rufen euch, die ihr den ehrlichen Willen zum Kampf gegen den Faschismus habt, und von euren Führern für die faschistische Politik der Brüning-Groener, die Notverordnungsdictatur, eingeschleppt werden sollt. Notverordnungsdictatur, Unterdrückung der Brüning-Groener, „kleineres Hebel“, ebnet dem Hitlerfaschismus den Weg, führt zur offenen faschistischen Diktatur.

Den Hitlerfaschismus schlagen bedeutet auch: die proletarischen Elemente der proletarischen Jugend, die heute Hitler folgen, aus den Reihen dieser kapitalistischen Partei zu entreißen und für unseren gemeinsamen Kampf, für unseren revolutionären Freiheitskampf zu erobern.

Revolutionäre Jungarbeiter, Jungkommunisten!

Mutig und kühn müssen wir schon morgen an die Verwirklichung der Einheitsfront der Kampfherangehen. Wir sind bereit, mit den Mitgliedern der ZN, den Junggewerkschaftern, mit allen sozialdemokratischen Jungarbeitern gemeinsam zu kämpfen. Die Forderung für die revolutionäre Jugend lautet: Keine ZN-Gruppe, keine Gruppe der freien Gewerkschaftsjugend, keine Jungbannerteilung, keine Sportorganisation, an die wir nicht herantreten, kameradschaftlich die Forderungen des Tages stellen, besprechen und unsere Vorschläge für den gemeinsamen Kampf, für die Interessen der gesamten proletarischen Jugend unterbreiten, um so zur breitesten Kampfmobilisierung der proletarischen Jugend zu kommen.

Jungarbeiter, ZNler, Junggewerkschafter und Jungsportler!

Reißt mit uns gemeinsam die Mauer nieder, die uns trennt!

Schmiedet mit uns die große Kampfarmee der proletarischen Einheitsfront für die Forderungen der werktätigen Jugend. Gemeinsam schlagen und gemeinsam siegen, das wollen wir, darum wenden wir uns an euch. Alles zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, Arbeitsdienstpflicht und Hitlerfaschismus, für die Verteidigung der revolutionären Jugendorganisationen. So schreiten wir zur Tat im Kampfe gegen imperialistischen Krieg und marschieren vorwärts zu einem freien sozialistischen Vaterland!

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands, Jugend der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, Kampfjugend gegen Faschismus, Rote Sportlerjugend, Jugend der Internationalen Arbeiterhilfe, Rote-Hilfe-Jugend, Proletarische Freidenkerjugend

So wird die rote Einheitsfront hergestellt

Die Beispiele von Bernau, Oberswalde, Barneberg

Es genügt nicht, lediglich von der Herstellung der roten Einheitsfront zu sprechen, sondern es ist notwendig, mit welchem Erfolg an diese Aufgabe praktisch heranzugehen. Es gibt gute Beispiele geben gemeinsame Kampfdemonstrationen in einigen Städten am 1. Mai.

In Bernau, vor den Toren Berlins, gingen die Nazis mit dem Ziel, den Arbeiter gegen Kommunisten und Reichsbanner zu trennen. In Bernau verlangte der Bürgermeister von den Kommunisten, daß sie für die Wahlkreisunterstützung noch Pflichten übernehmen. Die Arbeiter von Bernau diskutierten die Angelegenheit, die für ihren Ort das Tagesinteresse aller Arbeiter war. Die Kommunisten brachten in der Sitzung des Arbeiterausschusses die Dinge zur Sprache und machten dort den Vorschlag, die rote Einheitsfront gegen die Angriffe der Unterdrückungsmaßnahmen zu bilden und am 1. Mai gemeinsam zu demonstrieren; es wurde ein Komitee gewählt, dem beim SPD- und ein KPD-Mitglied angehörte. In einer gemeinsamen Versammlung waren Kommunisten, Reichsbanner, Hammer-Schichten und Parteiloje erschienen. Gen. Walter Ulbricht begründete dort die von der KPD angeregten Kampfmaßnahmen. Die Bernauer Arbeiter kamen der Demonstration begeistert zu. Am 1. Mai demonstrierten die Arbeiter, Reichsbannerkomrades trugen ein Transparent mit der Aufschrift: „Aufhebung des Verbots des KPD. Die Arbeiter fordern Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau. In Bernau wollen die Arbeiter unter Führung einer gemeinsamen Streikleitung von Kommunisten, Reichsbanner, SPD-Arbeitern und Parteiloje."

Die rote Einheitsfront von Bernau wurde im Kampfe gegen die Angriffe der Bourgeoisie hergestellt.

Am 1. Mai in Oberswalde, bei Potsdam, die Mitglieder vom 7. Wahlkreis, am 1. Mai mit der KPD, gemeinsam zu demonstrieren und die Wahl des Vorstandes, ein Transparent zu machen, mit Entschloßung ab.

In Barneberg, einem Arbeiterdorf im Bezirk Magdeburg, demonstrierten die SPD-Arbeiter, die Sportler und die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften mit der KPD eine gemeinsame Demonstration. Die SPD-Mitglieder stimmten seinen Ausbeutungsmaßnahmen zu.

Es gibt in Potsdam, umfange Bernau, wo die Herstellung der roten Einheitsfront des Proletariats möglich ist. Wir müssen sie herstellen.

Zum Verbandstag des DMV.

Der Vorstand des DMV hat nunmehr die Wahlkreis-Einzelwahl zum Verbandstag veröffentlicht. Mit einer raffinierten und geschickten Wahlgeometrie, verbunden mit einer Einheitsfront der Art, die die Aufstellung der Kandidaten auf 14 Tage vor dem Verbandstag alles, um der Opposition die Aufstellung von Kandidaten und die Wahl von Delegierten zum Verbandstag zu erschweren, eine Aufstellung von oppositionellen Kollegen ganz zu verhindern.

Auf je 1000 Mitglieder soll ein Delegierter gewählt werden. Während der letzte Verbandstag im Jahre 1930 noch aus 315 Delegierten bestand, beträgt die Zahl der Delegierten auf dem Ver-

bandstag in Dortmund, der vom 22. bis 25. August dieses Jahres stattfindet, nur noch 250. Das zeigt nichts anderes, als daß der Verband durch seine Politik der Unterdrückung des Lohn- und Unterstützungsabbaues bei dem letzten Verbandstag nicht weniger als 10.000 Mitglieder verloren hat. Seine Mitgliederzahl also von 915.000 im Jahre 1930 auf 810.000 im Jahre 1932 gesunken ist.

Die Tagesordnung sieht neben dem Geschäftsbericht nur noch einen Punkt vor, den Punkt 3 „Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der eisenhaltenden Industrie“. In diesem Tagesordnungspunkt soll der alte Sozialisierungswindel in neuer Auflage aufgewärmt und die Ideologie des Staatssozialismus, als der Weg des Übergangs zum Sozialismus, den Arbeitern schmackhaft gemacht und angesichts des Pantrons der Ideologie von der Wirtschaftsdemokratie und dem „kleineren Hebel“ ein neues Betrugsmaschine zur Abhaltung der Arbeiterfront vom Kampfe gegen die Unternehmerrückwärtsentwicklung für den wirtlichen Sozialismus gemacht werden.

Trotz der unabweisenden imperialistischen Kriegesgefahr und der betrüblichen, passivistischen Redensarten der Verbandsbürokratie, wurde kein besonderer Punkt zu dieser entscheidenden Frage auf die Tagesordnung des Verbandstages gestellt.

„Der Faschismus ist zu schlagen“, jubelte die „Metallarbeiterzeitung“ nach den Reichstags- und Landtagswahlen. Deshalb hält man es auch nicht für notwendig, in einem besonderen Punkte auf dem Verbandstag die Frage des Kampfes gegen den Faschismus aufzuheben.

Angeichts dieser Tatsache und der neuen Unternehmerrückwärtsentwicklung auf die Löhne- und Arbeits- und Tarifbestimmungen der Metallarbeiter, angesichts des neuen Angriffs gegen die Erwerbslosen, deren Unterdrückung durch Notverordnungen noch weiter abgebaut werden sollen, wachen unter den Kollegen im DMV, die Unterdrückung gegen die Politik der Verbandsbürokratie immer mehr, wird der Wille zur Schaffung der revolutionären Kampfeinheitsfront auch unter den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern immer härter. Mit Begeisterung haben die Metallarbeiter dort, wo hierzu schon Stellung genommen wurde, den Aufruf des JA, der kommunistischen Partei und der Reichsleitung der KPD, zur Schaffung der Arbeiterfront im Kampfe gegen die Unternehmerrückwärtsentwicklung, den Faschismus und Kriegsgefahr aufgenommen.

Die Wahlen zum Verbandstag müssen diesen Einheitswillen der Metallarbeiter um einen weiteren Schritt vorwärtsbringen. Überall gilt es, den kandidierenden sozialfaschistischen Bonzen und Bonzenanwärtern Hasenbewichte, revolutionäre Arbeiter gegenüberzustellen, und die Metallarbeiter zur Wahl von solchen Kollegen zu mobilisieren, die mit ihnen in Betrieb und Stempelstelle hungern und ausgebeutet werden, die wissen, wo den Metallarbeiter der Lohn drückt, und gegen Lohn, Unterstützungsabbau und Faschismus kämpfen und die Einheitsfront für die erfolgreiche Führung dieses Kampfes schaffen wollen.

Der Vorstand versucht, gestützt auf seinen Verwaltungsapparat, die Wahlen der Delegierten in den Ortsverwaltungen, die eine selbständige Wahlabteilung bilden, unter Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Mitglieder in den Vertreterversammlungen vornehmen zu lassen. Gegen diese Vergewaltigung

der Mitgliedschaft muß ein Proteststurm ausgelöst und die Wahl der Verbandstagsdelegierten durch Urabstimmung in der Mitgliedschaft durchgeführt werden.

In den Wahlkreisen, die aus mehreren Ortsverwaltungen zusammengesetzt sind, muß eine Urwahl stattfinden. Hier wie dort gilt es, nicht nur Kandidaten der revolutionären Opposition aufzustellen, sondern auch alle Kräfte für die Urwahl, die am 26. Juni von morgens 10 bis nachmittags 4 Uhr stattfinden soll, zu mobilisieren.

Dort, wo die revolutionäre Opposition noch zu schwach war, wo die innergewerkschaftliche Arbeit vernachlässigt wurde, und es deshalb und auf Grund des Wahlmanövers der Verbandsbürokratie nicht möglich war, Kandidaten der revolutionären Opposition aufzustellen, muß ernsthaft geprüft werden, ob unter den von der Mehrheit aufgestellten Kandidaten Arbeiterkollegen vorhanden sind, die mit der Opposition den Kampf gegen die arbeitserneuerliche Politik des Vorstandes führen wollen und für deren Wahl wir uns gegenüber dem Kandidaten der Bürokratie einsetzen können.

Die Aufstellung der Kandidaten muß bis spätestens zum 6. Mai erfolgt sein. Name und Adresse der aufgestellten Kollegen müssen bis zum 7. Mai den zuständigen Verbandsleitungen eingereicht sein.

Ebenso müssen die Anträge an den Verbandstag bis zum 7. Mai beim Vorstand eingegangen sein. Adresse: Hauptvorstand des DMV, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148.

Alle Anträge, die nicht in Mitgliederversammlungen angenommen wurden, aber von einzelnen oder mehreren Kollegen direkt an den Vorstand zum Verbandstag eingeschickt werden, müssen mit Name und Adresse, sowie Mitgliedsbuchnummer der Antragsteller unterzeichnet sein, und müssen außerdem von der Ortsverwaltung untergeimpelt werden, und damit die Beglaubigung enthalten, daß die Antragsteller Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind.

Metallarbeiter! Müht die wenigen Tage noch aus, nehmt Stellung in den Betrieben und Stempelstellen und demonstriert durch eure Anträge euren Willen zur revolutionären Einheit, zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau und gegen die Politik der Brandes, Urich, Weg, die euren Kampf sabotieren und die Einheitsfront der Arbeiterklasse im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus verhindern wollen.

Hohe Zuchthausstrafen beantragt

Leipzig, 2. Mai. Heute stellte der Oberreichsanwalt im Prozeß gegen die „roten Reiter“ von Jästenwalde unangehörliche Strafanträge: Für den Arbeiter Schulz, dem er Uebereizungslästerung abtrug, wurden drei Jahre Zuchthaus, gegen den Obergeleiteten Fritz Engwicht, 2 Monate und 2 Wochen Gefängnis. Für die anderen „Angeklagten“ wurden Festungsstrafen von 3 Jahren bis zu 1 Jahr 6 Monaten abwärts beantragt. Für den Dreher Oskar Weill wurde Freispruch beantragt.

Streit gegen reformistischen Verrat

Brüssel, 2. Mai. Die Straßenbahner der Provinz Hennegau in Mittel-Belgien haben mit erdrückender Mehrheit beschlossen, gegen eine neue Herabsetzung ihrer Löhne und gegen verschiedene Erschwerungen ihrer Arbeitsbedingungen in den Streik zu treten. Die reformistischen Gewerkschaftsführer hatten die Bedingungen der Unternehmer angenommen.

MAGGI Fleischbrühe 5 Würfel (1 Stange) nur noch 17 Pfg.

3 Jahre sozialistischer Wettbewerb

Der Dynamo der Massen

Moskau, 30. April.

Das Proletariat und die Bauernschaft der Sowjetunion feiern die dreijährige Wiederkehr der Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs, zu welchem die 16. Parteikonferenz die Werttätigen aufrief. In diesen drei Jahren ergriff die Idee des sozialistischen Wettbewerbs, die Lenin zum ersten Male in seinem Artikel „Wie organisiert man Wettbewerbe“ darlegte, breite Massen der Werttätigen in Stadt und Land und wurde zur mächtigsten Kraft, zur wichtigsten Grundlage der Organisation der sozialistischen Arbeit in der Sowjetunion, zum Dynamo der Massen, der bereits so gewaltige Werke schuf.

An Stelle der bürgerlichen Konkurrenz, die ein Mittel zur Vernichtung des Schwächeren durch die Stärkeren darstellt, setzte das Proletariat der Sowjetunion unter Führung der Partei Lenins die sozialistische Wettbewerbe der Arbeiter untereinander, der Abteilungen und Betriebe untereinander, ganzer Industrien untereinander. Aber dieser Wettbewerb dient nicht zur Unterdrückung der Schwächeren, sondern im Gegenteil zur Anspornung, es den Besten, den Fortgeschrittenen gleich zu tun. Er entwickelt im Proletariat und in jedem einzelnen Proletarier die schlummernden schöpferischen Kräfte und organisiert das gesamte Proletariat zu einer einzigen geschlossenen Stoßbrigade zum Aufbau des Sozialismus.

Heute sind bereits 64 Prozent aller Werttätigen der Sowjetunion — eine Armee von rund 12 Millionen — im sozialistischen Wettbewerb ergriffen.

Das Moskauer Proletariat und mit ihm die Werttätigen der gesamten Union und der ganzen Welt sehen am Tage der Dreijahresfeier der sozialistischen Wettbewerbe handgreiflich die neue Verkörperung des Wettbewerbs aus Stahl, Glas und Eisen vor sich — die Fabrikriesen, die soeben mit der Produktion begonnen haben.

Einer von ihnen ist die „Fräser“, größte Werkzeugfabrik Europas. An der Peripherie Moskaus wuchs auf dem Felde in kurzer Zeit ein riesiger Komplex von Fabrikabteilungen. Das Hauptgebäude, in welchem die wichtigsten Produktionsabteilungen liegen, nimmt eine Fläche von 25 000 Quadratmetern ein. Der „Fräser“ beginnt sofort mit der Massenproduktion von Schneidinstrumenten und wird nach voller Inbetriebnahme aller Abteilungen jährlich 10 Millionen Bohrer, 1 Million Fräser, 1 Million Reibahlen und verschiedene andere Instrumente herstellen, im Werte von über 50 Millionen Rubel (sämtliche Werkzeugbetriebe der Sowjetunion erzeugen augenblicklich für 35 Millionen Rubel jährlich). „Fräser“ gibt 7000 Arbeiter, Ingenieure und Techniker Brot und Arbeit, davon 2500 hochqualifizierten Kräften. Der Betrieb wird die sozialistische Sowjetunion unabhängig machen vom Import von Werkzeugen aus den kapitalistischen Ländern.

Die Belegschaft zeigte Musterbeispiele von Arbeitsehrgeiz und vorbildlichem sozialistischem Wettbewerb, wodurch ein reiches Tempo des Baus ermöglicht wurde. Die Parteiorganisation, die von einer kleinen Gruppe von 40 Arbeitern auf 250, und der Komsomol, der von 16 zu Beginn des Baus auf 1 030 wuchs, schweißte die Arbeiter im Kampf um das Rekordtempo beim Bau, und dann um die rasche Erwerbung komplizierter Maschinenteknik und die Bedienung der vielseitigen Automaten, zusammen. Der Betrieb „Fräser“, der sich ehrenvoll einreicht in die Reihe der jüngsten Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus, beweist erneut, daß für die Werttätigen keine Hemmnisse unüberwindlich, keine Fesseln unheimlich, wenn die Parteigeistliche Partei an der Spitze herrscht.

„Fräser“ wird die Sowjetbetriebe mit eigenen Werkzeugen besser Qualität beliefern und somit ein weiterer Riesenschritt zur Stärkung der Arbeitermacht, zum Aufbau des Sozialismus, getan sein.

Chauffeurstreik in Stockholm

Stockholm, 2. Mai. Sämtliche Stockholmer Taxichauffeure sind in den Streik getreten, nachdem die Schlichtungsverhandlungen gescheitert waren. An dem Streik sind 1700 Chauffeure beteiligt.



19. Fortsetzung. Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

Ein kleines Zettelchen, zierlich und geschmackvoll, gab darüber Auskunft. Je näher sie jedoch ihrer Wohnung, dem Arbeiterviertel, entgegenging, um so mehr vermehrten sich die Geschäfte, in deren Schaufenster Schilder hingen mit dem Text:

„Waren nur gegen Bezugsschein“

oder —

„Ausverkauf!“

Die Butter- und Eiergeschäfte waren geschlossen. An manchen hing draußen ein Schild:

„Butter wieder am Mittwoch!“

Luisa empfand diese Gegenstände bitter. Eigentlich wunderte sie sich, daß sie davon so überrascht war. Waren diese Gegenstände nicht immer da? Stieß man nicht überall mit der Nase darauf? Ja, — und merkten die anderen das gar nicht?

Die Reichen, die in der Etappe in geschützten sicheren Wohnhäusern, weit hinter der Front, von Luxus umgeben hausten, die Offiziere, die ihre Tage mit Leuteschikanieren, Fressen und Saufen verbrachten; die „Anabstömmlingen“, die Schieber, die hier in der Heimat alles kaufen konnten, was ihr Herz und Magen begehrte, — das waren die wirklichen Feinde. Luisa hätte heulen können vor Wut, daß sie so ohnmächtig war.

Die Wiedersehensfreude war bald vergessen, bis sie vor ihrem Hause anlangte. Sie stieg die vier Treppen hinauf, langsam, mit dem schweren Koffer. Sie hielt sich das Herz. Es klopfte laut.

Antikriegsmärsche im Fernen Osten

Tokio, 2. Mai. Der von der Polizei gestattete Maiaufmarsch der Sozialdemokratie in Tokio, die für den imperialistischen Krieg, für die Annexion der Mandchurie, für die kriegsverbrecherische japanische Regierung eintritt, wurde von 5000 Polizisten geschickt. Trotzdem gelang es den illegal unter schwersten Bedingungen arbeitenden Kommunisten, an verschiedenen Punkten starke Protestaufmärsche zu organisieren. Rote Fahnen und Transparente mit Losungen gegen den Raubkrieg, für die Sowjetunion, für den Sozialismus wurden entrollt. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden zwanzig Arbeiter verletzt und über 300 Revolutionäre verhaftet.

25 Kommunisten hingerichtet — aber die Massen marschieren

Schanghai, 2. Mai. Die blutbesleckte Komintang hatte sich eine besondere Schändlichkeit ausgedacht: In

Brüg im Zeichen der roten Einheit

Prag, 2. Mai. In der Tschechoslowakei, der Küstammer des kriegsverbrecherischen französischen Imperialismus, waren die Maidemonstrationen der Kommunisten überall viel stärker besetzt, als im vergangenen Jahr. In Prag war unsere Demonstration stärker als die sozialdemokratische.

Im Nordwestböhmischen Industrieviertel, dem Gebiet des gigantischen Bergarbeiterkampfes, standen die Kundgebungen vollkommen unter dem Zeichen des Zusammenschlusses der Werttätigen unter revolutionärer Führung. In Brüx beteiligten sich an der Demonstration 10 000 Arbeiter. Es sprachen zwei Redner der kommunistischen Partei, ein alter sozialdemokratischer Arbeiter, ein tschechisch-sozialistischer Betriebsrat und ein Mitglied der Sakonkreuzler. Alle sprachen für die Einheitsfront unter revolutionärer Führung. In Dug, wo die Demonstration ebenfalls vom Zentralkomitee aus vorbereitet wurde, marschierten 5000 Arbeiter auf. In Komotau beteiligten sich 3000 Personen. Im Zuge marschierte geschlossen ein sozialdemokratischer Turnverein mit.

In der Rüstungsstadt Pilsen war die Beteiligung um das dreifache stärker als im vergangenen Jahr. In der kommunistischen Versammlung sprach ein tschechisch-sozialistischer Skoda-Arbeiter und zwei Sozialdemokraten gegen die Kriegslieferungen der Skoda-Werke.

Riesenkundgebungen in Amerika

New York, 2. Mai. An den Kundgebungen am 1. Mai, deren Hauptaktion: Kampf gegen imperialistischen Krieg war, nahmen eine Million Werttätiger teil. In New York beteiligten sich am Zuge 50 000 Arbeiter trotz Regenwetters, 100 000 Arbeiter bildeten ein begeistertes Spalier. Die Sozialisten konnten zu ihrer Kundgebung nur 6000 Teilnehmer aufstreifen. In Detroit bildeten 100 000 Arbeiter Spalier und nahmen am Zuge teil. Die Kundgebung in Chicago war die größte, die jemals dort stattfand. In Pittsburg demonstrierten Tausende, in Boston 10 000. In Cleveland 25 000, in Rochester 5000, in Buffalo 3500 (in dieser Stadt bildeten 20 000 Arbeiter Spalier) usw. In Philadelphia nahmen am Zuge 25 000 Arbeiter teil; die Polizei griff die Demonstration an, wobei 60 Arbeiter und 10 Polizisten verletzt und ins Krankenhaus gebracht wurden, während 23 Arbeiter verhaftet wurden.

Man king wurden am Morgen des 1. Mai 25 Kommunisten öffentlich enthauptet.

Die Empörung der Massen war grenzenlos. In allen Stadtvierteln überfluteten die Demonstranten die Straßen. Polizeiabteilungen wurden überrannt, zahlreiche Polizisten zu Boden getrieben und schwerverletzt. Unter Todesgefahr hielten kommunistische Agitatoren Ansprachen an die Menge. An verschiedenen Punkten wurden rote Banner mit Hammer und Sichel entrollt.

Trotz Polizeiterrror Aufmarsch vor japanischem Konsulat in London

London, 2. Mai. Im Hyde-Park marschierten 15 000 Arbeiter auf. Als Antwort auf den Beschluß des revolutionären Majkomitees, vor der japanischen Botschaft einen Protestaufmarsch gegen den imperialistischen Krieg durchzuführen, war das ganze Viertel mit starken Polizeitruppen abgesperrt. Die Demonstranten durchbrachen die Polizeiketten und drangen bis zum Gebäude vor. Bei den Straßenkämpfen wurden viele Arbeiter und Polizisten verletzt.

Kriegstreiber „Germania“

Das deutsche Regierungsblatt beschuldigt die Sowjetunion der „Drohungen gegen Japan“

Die „Germania“ ist das offizielle Regierungsorgan. Diese Tatsache muß man voranstellen, um zu ermessen, was es heißt, wenn die „Germania“ eine Betrachtung der Lage im Fernen Osten mit der Ueberschrift verleiht: „Wer droht: Rußland oder Japan?“

In den Ausführungen des deutschen Regierungsorgans wird nachzuweisen versucht, daß es in der Sowjetunion eine Gruppe gibt, die Maßnahmen der Roten Armee gegen das Vorgehen der japanischen Besatzungstruppen im Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn und „Drohungen gegen Japan“ fordert.

Die „Germania“ versucht also die Friedenspolitik der Sowjetunion zu diskreditieren, der allein es zu verdanken ist, daß wir noch nicht im Weltkrieg sind. Ja, sie bezieht sich in verletzender Form die Sowjetunion der Kriegstreiber an.

Diese Haltung des Regierungsblattes, die die deutschen Arbeiter in helle Empörung versetzt, ist kein Zufall. Sie liegt auf der von Brüning konsequent verfolgten Linie der Annäherung an Frankreich, den Hauptkriegshüter der Welt.

Sozialistischer Ministerpräsident verprügelt

Melbourne, 2. Mai. Die Minister der Sozialdemokraten, auf der der Ministerpräsident Tuncliffe sprach, wurde von Arbeitslosen gestört, die über die Hungerpolitik der sozialdemokratischen Regierung in heller Empörung sind. Die Arbeiter drangen bis zur Rednertribüne vor und verletzten dem Ministerpräsidenten wie auch anderen bekannten Rednern schallende Ohrfeigen. Ein großer Teil der Menge brach in Beifallrufe aus.

Kurze Auslandsnachrichten

Jerusalem, 2. Mai. Alle bekannten kommunistischen Führer waren in Schutzhaft genommen. Trotzdem bildeten sich in vielen Orten Demonstrationen.

In einem Prozeß Litauens gegen die deutsche Zeitung der Rigauer Domkirche wurde die Kirchverwaltung verurteilt, sofort ihre Wohnungen zu räumen. Die von Litauen widerrechtlich eingekerkerte Verwaltung bleibt im Amt.

Vater ließ irgend was aus der Hand fallen, die Mutter war so überrascht, daß sie gar kein Wort hervorbringen konnte. Unsonst redeten sie alle durcheinander, als die erste Ueberraschung sich gelegt hatte.

„Wo kommst Du so plötzlich her?“ fragte die Mutter. Dabei fiel es Luisa auf, daß sie so rote Augen hatte. Hatte sie geweint? Und kamen ihr schon wieder Tränen? Warum?

Auf dem Tisch stand ein Paket Kunsthonig und an dem Platz eines jeden lag ein Stück Brot. Kaffee war in den Tassen. Kaffee, der wie hellbraunes Wasser aussah.

Mutter erklärte, als sie sah, wie Luisa nach dem Tisch startete, mit einer Geste, die wohl entschuldigend sollte:

„Wir sind gerade beim Mittagessen — wir müssen uns etwas einrichten!“ Und nochmals entschuldigend:

„Das Brot, weißt Du, muß noch zwei Tage reichen!“

„Hast Du denn viel Hunger mitgebracht?“ fragte der Vater. Luisa konnte vor Erregung kein Wort herausbringen. Sie schloß ein paar Mal und packte dann, indem sie sich einen ordentlichen Ruck gab, das mitgebrachte Kommissbrot, ein Pfund Kaffeebohnen und zwei Pfund Fett aus und legte es auf den Tisch. Die Mutter strahlte. Gierig nahm der Vater das Brot in die Hand, öffnete die Tüte und das Papier, als genüge es nicht, daß er es liegen sah, als müsse er sich erst durch Befühlen überzeugen, daß es wirklich da war.

Langsam kam das Gespräch in Gang.

„Hast Du Arbeit, Vater?“ Der Alte schüttelte mit dem Kopf.

„Mir gibt es keine Arbeit mehr!“ flüsterte er.

„Er ist immer krank!“ sagte die Mutter.

„Die Lunge will nicht mehr. Aber Grete arbeitet in einer Zuderfabrik und Marie noch immer in der Munitionsbude. Sie ernähren uns mit.“

„Und Karl?“

„Karl ist wahrscheinlich noch immer in Holland. Wir haben lange nichts mehr von ihm gehört.“

Man merkte der Mutter an, daß sie auf ihre Ration Butter und Brot sehr oft verzichtete. Mutter mußte sich vor Freude gar nicht zu fassen, als Luisa ihr die hundert Mark in den Schoß legte.

„Kind, Kind, so viel Geld — so viel Geld, da können wir ja wieder etwas zu essen kaufen ohne Lebensmittelfkarten!“ Die Mutter ging plötzlich aus der Küche. Luisa sah ihr erstaunt nach. Warum ging sie so unvermittelt hinaus?

„Frag nicht nach Joseph“, sagte der Vater, „dann kriegt sie wieder zuviel!“

„Joseph? Was ist mit ihm, ihr habt mir solange nichts mehr von ihm geschrieben?“

„Was soll schon sein?“ sagte der Alte in unsicherem, zersprungenem Ton, „red“ nur nicht davon, wenn die Mutter da ist, dann heult sie wieder den ganzen Tag.“

Luisa sprang auf: „Ist Joseph verwundet?“

Die Mutter kam ins Zimmer zurück. Hinter ihrem Rücken machte der Vater heftige Zeichen, daß sie nicht fragen sollte; er schüttelte mit dem Kopf und legte die Finger an den Mund. Luisa nahm sich zusammen und lächelte der Mutter zu. Die kam zu ihr, strich ihr über das Haar und drückte ihren Kopf an die Brust.

„Kind, Kind, komm, trink Kaffee — is was! Oder wir wollen doch gleich mal einen ordentlichen Kaffee kochen. Lange haben wir keinen richtigen Kaffee mehr getrunken.“

„Ja, Mutter, ihr müßt nun auch mal wieder tüchtig essen und wir können doch auch was Ordentliches kaufen, es gibt ja so viel in der Stadt.“

„Ja, Kind, soviel Geld hast du ja mitgebracht. Weißt du, nun kann ich mir doch ein paar Schuhe kaufen ohne Bezugsschein. Sonst gibt es nämlich nur welche mit Holzsohle, die kann ich doch nicht an den Füßen ertragen. Damit kann ich doch nicht laufen. Ich muß schon immer mit den alten Pantoffeln auf die Straße gehen.“

Der Nachmittag ging so vorbei. Sie aßen, tranken Kaffee und erzählten alle möglichen Dinge. Sie waren wieder froh. Aber etwas war da noch. Etwas Unausgesprochenes. Es lag in der Luft. Es lag in den Augen, die plötzlich trauernd in eine Ecke starrten. Luisa mußte immer an Joseph denken. Was war mit ihm? Der Vater, das merkte sie, brach das Gespräch immer auf etwas anderes, wenn es verhänglich zu werden drohte. Der Name Joseph wurde nicht ausgesprochen.

Am Abend kamen Grete und Maria heim. Grete sah blaß und unterernährt aus. Aber die Freude über das Wiedersehen zauberte rote Flecken auf ihr Gesicht. Luisa konnte kaum die Zeit erwarten, bis sie allein mit ihr war. Im Schlafzimmer, wo noch der einige Monate alte Säugling, das Kind Marias, in seinem Körbchen schlief, fragte Luisa:

„Nun sag mir endlich, was ist mit Joseph los? Lebt er noch?“

Fortsetzung folgt.

